

Rainer Hering

## Die Kirchen als Schlüssel zur politischen Macht?

### Katholizismus, Protestantismus und Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Das Verhältnis von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung zu den christlichen Kirchen war lange Zeit sehr angespannt. Dies wirkte sich bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts aus. Erst nach der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959, in dem explizit der öffentlich-rechtliche Schutz für Religionsgemeinschaften sowie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kirchen »im Sinne einer freien Partnerschaft« formuliert worden waren, erfolgte eine Annäherung. Einzelne Sozialdemokraten wie Herbert Wehner (1906–1990), Hans-Jochen Vogel (Jahrgang 1926), Hermann Schmitt-Vockenhäuser (1923–1979), Johannes Rau (1931–2006), Heinz Rapp (1924–2007), Waldemar von Knoeringen (1906–1971), Georg Leber (Jahrgang 1920), Gustav Heinemann (1899–1976) und Erhard Eppler (Jahrgang 1926) erkannten hier ein Versäumnis und engagierten sich teils aus persönlicher Überzeugung, teils aus strategischem Interesse nachdrücklich und letztlich erfolgreich in diesem Prozess. Dadurch wurden die Vorbehalte und Angriffe von kirchlicher Seite gegen die SPD, gerade im Katholizismus, abgeschwächt, und es gelang der Partei, vor allem im katholischen Milieu deutlich an Stimmen zu gewinnen und auf Bundesebene mehrheitsfähig zu werden.<sup>1</sup>

Die Geschichte dieser Annäherung ist keineswegs widerspruchsfrei und schon gar keine geradlinige »Erfolgsgeschichte«, selbst wenn sie rückblickend so wirken könnte. Dieser langwierige und ambivalente Annäherungsprozess wird im Folgenden dargestellt, wobei der Schwerpunkt auf der wichtigeren zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts liegt. Als entscheidende Zäsur wird das Godesberger Programm verstanden. Nur wenig bekannt ist, dass auch Helmut Schmidt (Jahrgang 1918) schon frühzeitig in Hamburg in kirchlichen Zusammenhängen als Referent und Gesprächspartner aufgetreten ist und in seiner Zeit als Bundeskanzler, aber auch danach, enge Kontakte zu führenden Vertretern beider großer Konfessionen hatte. Schmidt hat jüngst selbst sein Verhältnis zu Religion und Kirche überprüft und damit auch einen Beitrag zur Historisierung des Verhältnisses von SPD und Kirche geleistet.<sup>2</sup> Er trug nachhaltig zur Akzeptanz sozialdemokratischer Politik gerade bei führenden Kirchenvertretern bei. Daher werden seine Motivation und seine Rolle im Kontext der Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Kirchen exemplarisch in einem eigenen Kapitel erstmals ausführlich dargestellt.

#### I. ANHALTENDE SPANNUNGEN: DAS VERHÄLTNISS VON SOZIALDEMOKRATIE UND ARBEITERBEWEGUNG ZU DEN KIRCHEN BIS 1959

Während die mit dem Begriff »Frühsozialismus« charakterisierten Lehren und bis etwa 1848 die insbesondere in Handwerkerbünden organisierte Arbeiterbewegung einen Unterschied zwischen der Lehre Christi und den Großkirchen sahen und grundsätzlich aufge-

1 Ein Vergleich mit der Haltung anderer politischer Parteien zu den Kirchen ist aufgrund des Forschungsstands derzeit nicht adäquat möglich.

2 *Helmut Schmidt*, Religion in der Verantwortung. Gefährdungen des Friedens im Zeitalter der Globalisierung, Berlin 2011.

schlossen gegenüber Religiösem waren, wurde nach der Revolution von 1848/49 die Distanz größer. In Anlehnung an die Religionskritik Ludwig Feuerbachs (1804–1872) hatte der von ihr nachhaltig beeinflusste Karl Marx (1818–1883) Religion als Überbauphänomen bezeichnet und abgelehnt – der jenseitige Gott lenke die Menschen von ihren diesseitigen Aufgaben ab. Religion galt ihm als Ausdruck des Unglücks der Menschen und als ein eingebildetes Glück, das über das Unglück auf Erden hinwegtäuschen soll. Gegensätze theoretischer, gesellschaftspolitischer und sozialer Art zu den Kirchen, die vielfach zur Stabilisierung der ungerechten Klassenstruktur beitrugen, verstärkten die wechselseitige Entfremdung zwischen beiden Seiten. August Bebel (1840–1913) sah 1874 Christentum und Sozialismus als sich ausschließende Gegensätze wie Feuer und Wasser. Für ihn waren alle Religionen »Menschenwerk«, vor allem die christliche sei freiheits- und kulturfeindlich und verhindere gesellschaftlichen Fortschritt; sie diene in erster Linie der Ausbeutung des Volks. Moral gebe es auch unabhängig vom Christentum, dessen Lehren und Dogmen sich gegen die Menschen richten würden. Wie Marx war auch Bebel der Meinung, dass die fortschreitende Gesellschaftsentwicklung Religion überflüssig machen werde, weil auch für die damals nur religiös zu beantwortenden Fragen rationale Erklärungen gefunden würden. Dennoch forderte Bebel in seiner Kölner Rede von 1876, dass allen Staatsbürgern die Ausübung der religiösen Überzeugung im vollen Maße gestattet sein solle. Religion galt innerhalb der Sozialdemokratie als Privatsache, und die auch von vielen Liberalen geforderte Trennung von Kirche und Staat, insbesondere im Bereich des Bildungswesens, wurde zu einem ihrer Programmpunkte.<sup>3</sup>

Im Gothaer Programm von 1875 und erneut im Erfurter Programm von 1891 erklärte die SPD Religion zum Bestandteil privater Lebensgestaltung. Wörtlich hieß es im Erfurter Programm: »Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.« Im Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1869 war unter Punkt III, 5 gefordert worden: »Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche«.<sup>4</sup>

Doch es gab innerhalb der Sozialdemokratie auch andere Positionen. Eduard Bernstein (1850–1932), theoretischer Begründer der revisionistischen Richtung, betonte 1904 auf

3 Dieses Kapitel basiert auf *Stefan Ummenhofer*, *Hin zum Schreiten Seit' and Seit'?* SPD und katholische Kirche seit 1957, Berlin 2000; *Rüdiger Reitz*, *Christen und Sozialdemokratie. Konsequenzen aus einem Erbe*, Stuttgart 1983; *ders.*, *Sozialdemokratie und Protestantismus. Christen in der Tradition der Arbeiterbewegung – Christen in der SPD (1830–1979)*, Bonn 1979; *Jochen-Christoph Kaiser*, *Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik*, Stuttgart 1981, S. 30–53; *Sebastian Prüfer*, *Sozialismus statt Religion. Die deutsche Sozialdemokratie vor der religiösen Frage 1863–1890*, Göttingen 2002; *Rainer Hering*, *Theologie im Spannungsfeld von Kirche und Staat. Die Entstehung der Evangelisch-Theologischen Fakultät an der Universität Hamburg 1895 bis 1955*, Berlin/Hamburg 1992, insb. S. 251–256; *ders.*, *SPD und Kirchen in Deutschland*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 2011, H. 4, S. 43–46; *Martin Möller*, *Evangelische Kirche und Sozialdemokratische Partei in den Jahren 1945–1950. Grundlagen der Verständigung und Beginn des Dialoges*, Göttingen 1984; *Willi Kreiterling*, *Kirche – Katholizismus – Sozialdemokratie. Von der Gegnerschaft zur Partnerschaft*, Bonn 1969; *Bernd Aretz*, *Die SPD und die katholische Kirche. Die Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie im Blick auf Religion und Kirche in den Jahren 1945–1957*, Magisterarbeit, München 1988; *Michael Klein*, *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963*, Tübingen 2005, insb. S. 323–357; *Peter C. Caldwell*, *Ludwig Feuerbach and German Radicalism*, in: *German History* 26, 2008, S. 115–128.

4 Zit. nach: *Wilhelm Mommsen* (Hrsg.), *Deutsche Parteiprogramme*, 3. Aufl., München 1977 (zuerst 1960), S. 311f. und 352.

dem Bremer Parteitag, dass Religion als Kulturaufgabe »keine Privatsache, sondern eine öffentliche Angelegenheit von großer Bedeutung« sei; Bernstein erkannte ihren Stellenwert im öffentlichen Leben an und forderte: »Gleiches Recht für die Anhänger aller religiösen und philosophischen Bekenntnisse, Freiheit der Religionsausübung«. Von den Kirchen insgesamt wurden diese Ansätze einer Differenzierung allerdings kaum zur Kenntnis genommen.<sup>5</sup>

Die evangelischen Landeskirchen waren sehr eng mit dem Staat verbunden und unterstützten die insbesondere während der Geltungsdauer des ›Sozialistengesetzes‹ erfolgte Verfolgung der Sozialdemokraten weitgehend mit. Sie wurden daher von der SPD und der Arbeiterbewegung auch in ihrem sozialen Wirken als Teil des obrigkeitstaatlichen Repressionsapparats wahrgenommen.

In der Katholischen Kirche gab es zwar neben der kirchlichen karitativen Arbeit Ansätze, die soziale Frage zu betonen, unter anderem bei Bischof Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler (1811–1877), doch blieb die Kirche insgesamt gesellschafts- und obrigkeitkonform und übte kaum Kritik an sozialer Ungerechtigkeit. Päpstliche Enzykliken verdammt den Sozialismus, so zum Beispiel im »Syllabus errorum« (1864) oder in »Quod Apostolici muneris« (1878) und »Humanum genus« (1884). Papst Leo XIII. (1810–1903) verurteilte in seiner Sozialenzyklika »Rerum novarum« von 1891 zwar den Sozialismus, betonte aber das soziale Engagement als eine Aufgabe der ganzen Kirche. Für das gesamte 20. Jahrhundert wurde sie wirkungsmächtig und prägte das Verhältnis des Katholizismus zur sozialen Frage.<sup>6</sup>

Die Jahre zwischen 1890 und dem Beginn des Ersten Weltkriegs waren von wachsenden Spannungen zwischen den Kirchen, die sich am (ideologischen) Kampf gegen die Sozialdemokratie beteiligten, und der SPD gekennzeichnet, die als Konsequenz daraus die Kirchengaustrittsbewegung unterstützte. Zwischen 1918 und 1932 traten jährlich durchschnittlich mehr als 180.000 Personen aus den Kirchen aus. Einen Tiefpunkt erreichte das Verhältnis der Kirchen zur Sozialdemokratie 1918/19 mit dem Ende der Verbindung von Thron und Altar. In weiten Teilen des Deutschen Reichs wurde der Religionsunterricht für einige Zeit abgeschafft, und der Fortbestand der Theologischen Fakultäten an staatlichen Universitäten war zeitweilig gefährdet. Insbesondere in Hamburg, der zweitgrößten Stadt des Reichs, spitzte sich diese Situation zu, weil die von der Politik des Arbeiter- und Soldatenrats eingeleitete Abschaffung des Religionsunterrichts von dem sozialdemokratisch mitgeprägten Senat beibehalten und diese Entscheidung erst nach langen Auseinandersetzungen auf Beschluss des Reichsgerichts aufgehoben wurde. Forderungen, zum Beispiel des Lehrers und Schulrats Max Zelck (1878–1965), den Religionsunterricht grundsätzlich durch das Fach »Lebenskunde« zu ersetzen, die im liberalen Bürgertum Unterstützung fanden, vergrößerten die Distanz zwischen SPD und Kirchen. Zelck setzte sich darüber hinaus für die grundsätzliche Gleichbehandlung von Jugendweihe und Konfirmation ein.<sup>7</sup> Diese Konfliktkonstellation hatte das Verhältnis zwischen Evangelisch-lutherischer Landeskirche und der SPD beziehungsweise dem sozialdemokratisch regierten Staat auf lange Zeit negativ beeinträchtigt und dazu beigetragen, dass keine theologische Fakultät an der Hamburgischen Universität eingerichtet worden war.<sup>8</sup>

5 Kreiterling, Kirche, S. 11f., die Zitate auf S. 11.

6 Wolfgang Ockenfels (Hrsg.), Katholizismus und Sozialismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 1992, insb. S. 57–114.

7 Rainer Hering, Sozialdemokratisch beeinflusster Staat und lutherische Kirche in Hamburg. Die Auseinandersetzungen um den Religionsunterricht 1918 bis 1921, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 78, 1992, S. 183–207, insb. S. 206; zu Zelck: Ludolf Mevius, Max Zelck. »Vorkämpfer eines landesverräterischen Pazifismus«, in: Ursel Hochmuth/Hans-Peter de Lorent (Hrsg.), Hamburg. Schule unterm Hakenkreuz, Hamburg 1985, S. 306–311.

8 Zu Hamburg vgl. Hering, Theologie, insb. S. 23–41, 251–280 und 332–334.

Die Katholische Kirche blieb auch in der Weimarer Republik auf klarer Distanz zur SPD und zur Arbeiterbewegung. Papst Pius XI. (1857–1939) betonte in seiner Sozialenzyklika »Quadragesimo anno« 1931: »Religiöser Sozialismus, christlicher Sozialismus sind Widersprüche in sich; es ist unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein.«<sup>9</sup> Das sozialistische und das katholische Sozialmilieu waren nicht nur im 19. Jahrhundert, sondern auch noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts klar voneinander getrennt. Beide bildeten eigene Lebenswelten. Um es zusammenzufassen: Einer Annäherung von SPD und (katholischer) Kirche standen bis 1945 neben der grundsätzlichen ideologischen Distanz der Sozialdemokraten und der Arbeiterbewegung zu Religionen und den konkreten Erfahrungen mit den christlichen Kirchen im Besonderen die gerade im Blick auf den Katholizismus unterschiedlichen Sozialmilieus im Wege.<sup>10</sup>

Während der Weimarer Republik, vereinzelt auch schon in früheren Jahren, signalisierten jedoch Teile der evangelischen Kirche ihre Bereitschaft zum Dialog mit der Sozialdemokratie, als die SPD von namhaften Theologen wie Karl Barth (1886–1968) und Paul Tillich (1886–1965), letzterer gehörte dem 1921 gegründeten »Bund religiöser Sozialisten Deutschlands« an, unterstützt wurde. Intellektuell wichtig war der 1919 entstandene »Berliner Kreis« beziehungsweise Kairos-Kreis um Tillich und den Sozialökonom Eduard Heimann (1889–1967). Organ dieses Kreises waren die »Blätter für den religiösen Sozialismus« (1920–1927) beziehungsweise die »Neuen Blätter für den Sozialismus« (1927–1933), an denen auch »rechte« Sozialdemokraten und spätere Widerstandskämpfer wie Theodor Haubach (1896–1945), Carlo Mierendorff (1897–1943) und Adolf Reichwein (1898–1944) mitarbeiteten. In Berlin, Baden, dem Rheinland, Thüringen und Westfalen gab es Gruppen, die sich dezidiert als »Religiöse Sozialisten« bezeichneten. Dennoch hielten das Görlitzer Programm von 1921 und das Heidelberger Programm von 1925 weiterhin an der völligen Trennung von Kirche und Staat fest.

In Bietigheim entstand 1921 der bis heute bestehende »Bietigheimer Tag«, der der Begegnung zwischen SPD und evangelischer Kirche diente. Der Stadtpfarrer und Vorsitzende des württembergischen Landesverbands der evangelischen Arbeitervereine Hans Völter (1877–1972), ein Anhänger Friedrich Naumanns (1860–1919), hatte sich intensiv mit der Auseinandersetzung zwischen Christentum und Sozialismus beschäftigt und wollte das aus seiner Sicht erstarrte Verhältnis von Staat und Kirche überwinden und zu einer Annäherung zwischen Arbeiterbewegung und Kirche beitragen. Doch diese 1948 wieder aufgegriffene Initiative auf lokaler Ebene blieb singulär.<sup>11</sup>

Die Religiösen Sozialisten stießen auch innerhalb der SPD vielfach auf Ablehnung, blieben dort weitgehend ohne Einfluss und konnten ihre gesellschaftsverändernden Ziele in der Weimarer Republik nicht erreichen. Aber an ihr Wirken und an die schon vor dem Ersten Weltkrieg bestehenden revisionistischen Bestrebungen knüpften nach 1945 führende Sozialdemokraten an, als es darum ging, aufgrund neuer Erfahrungen und einer schärferen Differenzierung zwischen Religion, Theologie und Kirche das Verhältnis der Partei zu den Kirchen neu zu bestimmen. Die teilweise im »Dritten Reich« praktizierte Zusammenarbeit von sozialdemokratischen und christlichen Gegnern des Nationalsozialismus in der gemeinsamen Verfolgungssituation hatte ebenfalls auf beiden Seiten erheblich dazu beigetragen, Fronten abzubauen und eine langsame Annäherung zu ermöglichen.

Erste Begegnungen zwischen Sozialdemokratie und Kirche nach dem Ende des »Dritten Reichs« fanden zwischen lokalen und regionalen Gruppen statt. So plädierte im Dezember

<sup>9</sup> Zit. nach: *Ummenhofer*, Schreiten, S. 7.

<sup>10</sup> Ebd., insb. S. 99; *Ockenfels*, Katholizismus, insb. S. 115–143.

<sup>11</sup> *Bernhard Müller*, 90 Jahre Bietigheimer Tag, Bietigheim 2011; *ders.*, »Ganz unter Gott, ganz da für die Menschen«. Hans Völter (1877–1972), in: Heilbronner Köpfe V. Lebensbilder aus fünf Jahrhunderten, Heilbronn 2009, S. 259–284. Ich danke Herrn Müller für diesen Hinweis.

1945 der sozialdemokratische Landrat in Husum Franz Suchan (1911–1971) für eine Zusammenarbeit mit christlichen Kräften. Auf Bundesebene bestand jedoch weiterhin größere Zurückhaltung. Vor allem der SPD nahestehende Theologen und Kirchenvertreter bemühten sich, die Distanz zwischen beiden Seiten abzubauen und eine Annäherung vorzubereiten. Hier engagierten sich besonders Schüler Karl Barths, wie zum Beispiel Helmut Gollwitzer (1908–1993), Hans-Joachim Iwand (1899–1960), Ernst Wolf (1902–1971) und Karl Kupisch (1903–1982). Im Juli 1947 veranstalteten Iwand und Martin Niemöller (1892–1984) ein Treffen für protestantische Kirchenführer mit einigen prominenten Sozialdemokraten, wie zum Beispiel Kurt Schumacher (1895–1952), der dort geäußert haben soll, dass SPD und Kirche nicht mehr verfeindet, Vernunft und Religion keine Gegensätze mehr seien. In seinem im gleichen Jahr erschienenen Aufsatz »Die Chance des Christentums« bezeichnete Schumacher Religion als »eine notwendigerweise sich gut auswirkende Macht« und betonte die »Unverzichtbarkeit der Religion für eine große Gemeinschaft«.<sup>12</sup>

Das »Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes« vom 8. August 1947, das sogenannte »Darmstädter Wort«, förderte diesen Annäherungsprozess nachhaltig. Die Kategorie der Menschenwürde und die Forderung nach Gerechtigkeit wurden in der Nachkriegszeit zu einer Basis, auf die sich Parteimitglieder unterschiedlicher Herkunft einigen konnten; gleichzeitig ermöglichte diese Kategorie, Beziehungen zu den christlichen Kirchen aufzunehmen und auch gemeinsame Ziele zu verfolgen. Im Bundestag entstand in der SPD-Fraktion ein kleiner protestantischer Flügel um Adolf Arndt (1904–1974), Wilhelm Mellies (1899–1958), Hans Merten (1908–1967) und Ludwig Metzger (1902–1993). Dieser verstärkte sich in den 1950er Jahren, als Gustav Heinemann und Teile der aufgelösten Gesamtdeutschen Volkspartei zur SPD übertraten – darunter Johannes Rau, Erhard Eppler, Friedhelm Farthmann (Jahrgang 1930), Jürgen Schmude (Jahrgang 1936) und Diether Posser (1922–2010) sowie die ehemalige Vorsitzende des Zentrums Helene Wessel (1898–1969).<sup>13</sup>

Herbert Wehner plädierte schon im März 1947 für einen Neuanfang im Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Kirchen und lehnte es explizit ab, das religiöse Bekenntnis zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung werden zu lassen. Er hob hervor, dass die Sozialdemokraten »gerade durch ihr Programm und ihre politische Praxis die Träger religiöser Überzeugungen vor Verfolgungen, Benachteiligungen und Verunglimpfungen« schützen wollten. 1948 formulierte Kurt Schumacher als eine Richtlinie der sozialdemokratischen Politik, dass die Freiheit der Lehre, der Verkündigung und der Ausübung jeder Religion und jeder Weltanschauung gesichert werden sollte. Im Rahmen einer kulturpolitischen Konferenz Ende Juli 1948 in Lübeck arbeiteten Sozialdemokraten auch über das Verhältnis von Christentum, Sozialismus und Humanismus. Vor allem das SPD-Vorstandsmitglied Willi Eichler (1896–1971) hatte sich zusammen mit anderen Sozialdemokraten um das Gespräch mit den Kirchen bemüht. Eichler unterschied zwischen dem

12 Zit. nach: *Kreiterling*, Kirche, S. 20f.; *Ummenhofer*, Schreiten, S. 38f.; Sozialdemokratie und Christentum. Vortrag von Dr. Franz Suchan, gehalten auf einer Großkundgebung der SPD am 17. Dezember 1945 in Elmshorn, Vervielfältigt als Informationsmaterial für die Referenten der SPD, Hamburg [1946].

13 *Claus Arndt* (Hrsg.), Adolf Arndt zum 90. Geburtstag. Dokumentation der Festakademie in der Katholischen Akademie Hamburg, 2., erw. Aufl., Bonn 1995; *Dieter Gosewinkel*, Adolf Arndt. Die Wiederbegründung des Rechtsstaats aus dem Geist der Sozialdemokratie (1945–1961), Bonn 1991; *Erhard Eppler*, Die GVP als Kaderschmiede der SPD? Betrachtungen über Johannes Rau und die Gesamtdeutsche Volkspartei, in: *Jürgen Mittag/Klaus Tenfelde* (Hrsg.), Versöhnen statt spalten. Johannes Rau: Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte, Oberhausen 2007, S. 69–80; *Hans-Jochen Vogel*, Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre, München 1997, insb. S. 239–241; Gespräche mit Professor Dr. Claus Arndt am 24.3.2007, Professor Egon Bahr am 8.6.2007, Dr. Hans Koschnick am 9.5.2008 und Dr. Hans-Jochen Vogel am 4.12.2007.

Christentum als Idee und der Kirche als äußerer Form dieser Idee. Wie alle Organisationen sei auch die Kirche in politischen Entscheidungen fehlbar. Die berechnete Kritik an den Verfehlungen der Kirche im Laufe ihrer Geschichte dürfe aber nicht zu dem Schluss führen, dass aufgrund der falschen Politik der Kirche auch die Religion sinnlos sei. Daher plädierte er für eine Überwindung der Spannungen und für das »Bündnis der guten Christen und der guten Sozialisten, für das Bündnis der Leidenden und der Denkenden, der anständigen, gläubigen und seelisch gefestigten Vertreter einer sittlichen und rechtlich-moralischen Ordnung«.<sup>14</sup> Gerade dieser Aspekt spielte in der Nachkriegsdiskussion eine bedeutende Rolle für das Verhältnis vieler Sozialdemokraten zu Kirche und Theologie. Dennoch: Die Unterstützung konservativ-nationalistischer Gruppierungen und ihrer Politik in der Weimarer Republik und das Schweigen der evangelischen Kirche als Institution zu den bereits im Februar 1933 begonnenen Verfolgungen und Misshandlungen von Gegnern der Nationalsozialisten, vornehmlich aus der Arbeiterbewegung, wirkten sich auch nach 1945 noch negativ aus.

Das Verhältnis der SPD zur Katholischen Kirche blieb nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs über lange Zeit angespannt, obwohl es schon in den 1940er Jahren Kontakte zwischen sozialdemokratischen Politikern und Linkskatholiken wie Walter Dirks (1901–1991), Eugen Kogon (1903–1987) und Carl Amery (1922–2005) gegeben hatte. Dirks gehörte zu den wenigen prominenten Katholiken im Bund der religiösen Sozialisten der Weimarer Republik. Inoffizielle Gespräche zwischen Herbert Wehner, Willi Eichler und Erich Ollenhauer (1901–1963) mit Katholiken um den bedeutenden katholischen Sozialethiker Pater Eberhard Welty (1902–1965) gab es in den frühen 1950er Jahren im Dominikanerkloster Walberberg. Sie ergaben Übereinstimmungen in sozialpolitischen Fragen, jedoch einen Dissens in Punkten des Elternrechts und der christlichen Erziehung, zum Beispiel in der Frage von Bekenntnisschulen. Im Frühjahr 1953 wurden die Gespräche durch eine Indiskretion bekannt und daher zeitweise ausgesetzt, später jedoch bis 1962 fortgeführt.<sup>15</sup>

Im Dezember 1953 wurde der bayerische »Arbeitskreis sozialdemokratischer Katholiken« gegründet. Weitergehende Reformen wurden jedoch noch vom Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer abgeblockt. Die hier deutlich werdende mangelnde Flexibilität in weiten

14 *Willi Eichler*, *Christentum und Sozialismus* (1949), in: *Klaus Lompe/Lothar F. Neumann* (Hrsg.), *Willi Eichlers Beiträge zum demokratischen Sozialismus. Eine Auswahl aus dem Werk*, Berlin/Bonn 1979, S. 261–270, insb. S. 263f., das Zitat auf S. 270; *ders.*, »Mater et magistra« und das Godesberger Programm, in: *ders.*, *Weltanschauung und Politik. Reden und Aufsätze*, hrsg. von *Gerhard Weisser*, Frankfurt am Main 1967, S. 146–165; *Herbert Wehner*, *Christentum und Demokratischer Sozialismus. Beiträge zu einer unbequemen Partnerschaft*, hrsg. v. *Rüdiger Reitz*, Freiburg im Breisgau 1985, insb. S. 58–60; *Herbert Wehner*, Vorwort, in: *Karl Kautsky*, *Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche*, Hamburg 1947, S. 3–4, das Zitat von 1947 auf S. 4; freundliche Mitteilung von Hellmut Kalbitzer vom 19.6.1989; Gespräch mit Greta Wehner am 29.3.2008; *Klaus Fitschen*, *Der Christ Herbert Wehner*, in: *Pastoraltheologie* 96, 2007, S. 2–19.

15 Zu Welty und den Gesprächen vgl. *Bernd Kettern*, Welty, Eberhard, in: *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon*, begründet und hrsg. von *Friedrich Wilhelm Bautz*, fortgeführt von *Traugott Bautz*, Bd. XVIII, Herzberg 2001, Sp. 1506–1518; *Jürgen Aretz*, *Katholizismus und deutsche Sozialdemokratie 1949–1963*, in: *Albrecht Langner* (Hrsg.), *Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949–1963*, Paderborn/München etc. 1978, S. 61–81, hier: S. 71f.; *Frederic Spotts*, *Kirchen und Politik in Deutschland*, Stuttgart 1976, insb. S. 289f.; *Thomas Brehm*, *SPD und Katholizismus – 1957 bis 1966. Jahre der Annäherung*, Frankfurt am Main/Bern etc. 1989, S. 61–63; *Hans-Jochen Vogel*, *Kirche und Sozialdemokratie in den letzten 50 Jahren*, München 2002, Bl. 3 (ich danke Herrn Dr. Vogel, dass er mir dieses Manuskript zur Verfügung gestellt hat); vgl. *Wehner*, *Christentum*; zum Hintergrund: *Paul R. Waibel*, *Politics of Accommodation. The SPD Visit to the Vatican, March 5, 1964*, in: *The Catholic Historical Review* 65, 1979, S. 238–252; *Aretz*, *Die SPD und die katholische Kirche*.

Teilen der SPD, aber auch die enge Verbindung der katholischen Kirche im politischen Bereich zu den Unionsparteien CDU und CSU – so führte bis 1950 ein Prälat die CSU-Landtagsfraktion in Bayern – standen einer Annäherung im Wege. Insgesamt wurde die SPD vonseiten des Katholizismus in erster Linie an ihrem Programm und weniger an der in kirchlichen und religiösen Fragen gemäßigten Realpolitik gemessen. Darüber hinaus gab es inhaltliche Differenzen, zum Beispiel stand das sozialdemokratische Konzept der Gemeinschaftsschule der kirchlichen Forderung nach Bekenntnisschulen entgegen.<sup>16</sup>

Für die SPD blockierte der katholische Bevölkerungsanteil, der überwiegend die Unionsparteien wählte, den Weg von der Opposition zur Regierung. 1956 erzielte die SPD bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen jedoch überraschend Gewinne in katholischen Hochburgen. Der Münsteraner Bischof Michael Keller (1896–1961) stellte – vielleicht als Reaktion darauf – ein Jahr später auf einer Kundgebung der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) vor der Bundestagswahl fest, dass ein gläubiger Katholik nicht sozialdemokratisch wählen könne. Zu dieser Wahl 1957 erließ der Parteivorstand der SPD einen besonderen Aufruf an die katholischen Wähler, in dem er eine Forderung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken aufgriff, Parteien nach den Werken und nicht den Worten zu beurteilen. Zugleich wurde betont, dass sich der Sozialismus in seiner historischen Entwicklung verändert habe und heute nicht mehr der politischen Bewegung entspreche, die Papst Pius XI. 1931 ausdrücklich verurteilt hatte (Enzyklika »Quadragesimo anno«). Die erneut deutlich verlorene Wahl 1957 – die CDU/CSU erhielt 50,2, die SPD 31,8% der Stimmen – führte dazu, dass ein Wandel hin zu einer Realpolitik einsetzte und der bislang lockere Kontakt zur Katholischen Kirche nunmehr systematisiert wurde.<sup>17</sup>

Nach den vertraulichen Kontakten fand vom 10. bis 12. Januar 1958 eine erste öffentliche Begegnung zwischen Sozialdemokratie und Katholizismus in der im Vorjahr gegründeten Katholischen Akademie in München über das Thema »Christentum und demokratischer Sozialismus« statt. Die Initiative zu diesem entscheidenden Ereignis für das Verhältnis beider Seiten zueinander ging von ihrem Gründungsdirektor Karl Forster (1928–1981) aus; aufseiten der SPD war der Hauptinitiator der Landesvorsitzende der SPD in Bayern Waldemar von Knoeringen, der auch innerhalb seiner Partei deswegen kritisch beäugt wurde. Ziel war es, »den gegenseitigen Standort in einigen wichtigen Bereichen politischer Gestaltung zu ermitteln«. Der SPD sollte vermittelt werden, dass sie mit kompetenten Vertretern der Katholischen Kirche reden müsse, wenn sie ihr Verhältnis zur Kirche verändern wolle.

Personell war die Tagung hochrangig besetzt: Referenten waren von katholischer Seite die Jesuiten Gustav Gundlach (1892–1963) und Oswald von Nell-Breuning (1890–1991), beide führende Vertreter der Katholischen Soziallehre. Gundlach war seit 1929 Professor für Sozialphilosophie und -ethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main und von 1934 bis 1962 zugleich an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Nach seiner Emeritierung übernahm er die Leitung der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach; er galt als einflussreich im Vatikan. Papst Pius XII. (1876–1958) hatte zunächst schwerwiegende Bedenken, Gundlach teilnehmen zu lassen, und gab seine zögerliche Zustimmung erst, als der Erzbischof von München und Freising, Joseph Kardinal Wendel (1901–1960), dessen Teilnahme und Vortrag ausdrücklich wünschte. Gustav Gundlach eröffnete die Tagung mit einem Beitrag über »Katholizismus und Sozialismus«.

16 Vogel, Kirche, Bl. 3; Aretz, Katholizismus, S. 68; Ronald J. Granieri, Politics in C Minor. The CDU/CSU between Germany and Europe since the Secular Sixties, in: Central European History 42, 2009, S. 1–32; die folgenden Ausführungen beruhen insbesondere auf Ummenhofer, Schreiten.

17 Aretz, Katholizismus, insb. S. 68f.; Ummenhofer, Schreiten, S. 38f.

Oswald von Nell-Breuning studierte Mathematik, Naturwissenschaften sowie Theologie und Philosophie, trat 1911 in den Jesuitenorden ein und wurde 1921 in Innsbruck zum Priester geweiht. 1928 wurde er in Münster zum Dr. theol. promoviert und war seitdem Professor für Moraltheologie, Kirchenrecht und Gesellschaftswissenschaften an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Jesuiten Sankt Georgen und seit 1956 Honorarprofessor für Philosophie der Wirtschaft an der Frankfurter Universität. 1930/31 erledigte er Vorarbeiten für die Sozialzyklika »Quadragesimo anno« von Pius XI. 17 Jahre gehörte er überdies dem wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft an. Als Theologe ging es ihm um die Verbindung zwischen katholischem Glauben und modernen Sozialwissenschaften. Durch seine zahlreichen Publikationen und Vorträge wirkte er einflussreich in Kirche und Gesellschaft. Genannt seien hier seine Überlegungen zur Gewerkschafts- und Unternehmenstheorie, zur Grundlegung der Mitbestimmung, zur Vermögensbildung und zum Verhältnis von Kirche und Staat. Er setzte sich dafür ein, dass katholische Christen auch in der Gewerkschaftsbewegung aktiv sein könnten. Offizielle kirchliche Anerkennung erhielt er erst gegen Ende seines Lebens. Er gilt bis heute als der Nestor der Katholischen Soziallehre. Sein Referat über die »politische Verwirklichung der christlichen Soziallehre« bildete den Abschluss des Vortragsteils.

Aufseiten der SPD sprachen der Vizepräsident des Deutschen Bundestags, der Staatsrechtler Carlo Schmid (1896–1979), über den »ideologische[n] Standort des deutschen Sozialismus in der Gegenwart«, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Adolf Arndt, über »Sozialistische Staatspolitik – heute«, Waldemar von Knoeringen über »Kulturpolitik als Staatspolitik« sowie der Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Professor Dr. Gerhard Weisser (1898–1989), über »die sozialpolitischen Ziele der SPD«. Alle SPD-Vertreter waren keine Mitglieder der Katholischen Kirche; von Knoeringen war 1933 ausgetreten. Weiterhin referierte der Präsident des Verfassungsgerichtshofs und des Obergerichtshofs von Rheinland-Pfalz sowie CDU-Politiker, Professor Dr. Adolf Süsterhenn (1905–1974), über »Politik aus christlicher Staatsauffassung«, der Historiker Götz Freiherr von Pölnitz (1906–1967), ordentlicher Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Dillingen, trug über »Wesen, Aufgaben und Wege christlicher Kulturpolitik« vor.

Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967) missfiel die Abhaltung dieser Tagung. Er versuchte sie durch Intervention im Vatikan und beim Erzbischof von München und Freising – vergeblich – zu verhindern. Akademieleiter Forster, der später von 1967 bis 1971 Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz und Berater Julius Kardinal Döpfners sowie von 1971 bis 1981 Professor für Pastoraltheologie an der Universität Augsburg war, publizierte die Referate und berichtete ausführlich über die Diskussionen. Er resümierte, »daß Aufgeschlossenheit und Redlichkeit auf beiden Seiten in denkwürdigem Ausmaß gegeben waren und daß es auch gelungen ist, das Verbindende wie das Unterscheidende in ihren tiefen geistigen Wurzeln zu erarbeiten oder wenigstens zu umschreiben.« Im In- und Ausland fand die Tagung ein sehr großes »meist auch ein objektives und sachliches Echo«. Für das Verhältnis zwischen SPD und Katholischer Kirche war ein wichtiger Schritt getan worden, der insbesondere die Reformbestrebungen innerhalb der SPD, die letztlich im Godesberger Programm mündeten, verstärkte.<sup>18</sup>

18 *Adolf Arndt/Gustav Gundlach*, Christentum und demokratischer Sozialismus, München 1958, die Zitate auf S. 5; Gespräche mit Marlies Rapp am 18.3.2008 und Dr. Hans-Jochen Vogel am 4.12.2007; *Vogel*, Kirche, Bl. 3f.; *Brehm*, SPD, insb. S. 63–80; *Gosewinkel*, Arndt, insb. S. 56–71; *Arndt*, Adolf Arndt zum 90. Geburtstag; *Johannes Schwarte*, Gustav Gundlach SJ (1892–1963). Maßgeblicher Repräsentant der katholischen Soziallehre während der Pontifikate Pius' XI und Pius' XII., München/Paderborn etc. 1975, insb. S. 161–167; *Anton Rauscher*, Gustav Gundlach (1892–1963), in: *Rudolf Morsej* (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 2, Mainz 1975, S. 159–176; *Jakob*

Auch auf katholischer Seite begann ein langsamer Annäherungsprozess, den Papst Johannes XXIII. (1881–1963) mit seiner Öffnung der Kirche, die sich im Zweiten Vatikanischen Konzil von 1962 bis 1965 widerspiegelt, initiierte. Sein Leitmotiv war das »Aggiornamento«, die Modernisierung der Kirche, zu der auch eine neue Offenheit gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung gehörte. Viele gesellschaftliche Implikationen und zeitgenössische Probleme wurden in diesem Kontext aufgegriffen. Neubestimmt wurden unter anderem die Stellung der Laien, die Bedeutung der Ortskirchen, die Liturgie und die Soziallehre sowie das Verhältnis zu anderen christlichen Kirchen und zu den nicht-christlichen Religionen; hinzu kamen innerhalb der Kirche organisatorische Veränderungen. Die abschließende Pastoralkonstitution »Gaudium et Spes« stellte klar, dass bei »Fragen der Ordnung irdischer Dinge« unter Christen unterschiedliche Meinungen vertreten sein könnten und niemand das Recht habe, ausschließlich für seine eigene Position kirchliche Autoritäten in Anspruch zu nehmen.<sup>19</sup>

Eine Zäsur im Verhältnis der Sozialdemokratie zum Christentum insgesamt sieht Rüdiger Reitz (Jahrgang 1938) in der Rede Carlo Schmidts auf dem Hamburger SPD-Parteitag im Jahr 1950, durch die die Abkehr vom kausal-mechanistischen Geschichtsbild der SPD vollzogen und der Respekt vor jeder Religion und jeder Weltanschauung gefordert wurde. Der 8. Internationale Sozialistenkongress in Frankfurt am Main erkannte 1951 die Gleichberechtigung von marxistischen und religiösen beziehungsweise humanitären Motiven an.<sup>20</sup> In den 1950er Jahren setzte sich dieser Annäherungsprozess zwischen Sozialdemokratie und Kirche weiter fort: 1953 forderte Carlo Schmid, dass ideologischer Ballast abgeworfen werden müsse. Der Hamburger Oberschulrat und SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Johannes Schult schrieb zeitgleich zum Thema »Christentum, Kirche und die Sozialdemokratie Deutschlands«:

»Die aufgezeigte geschichtlich bedingte Gegensätzlichkeit des vorigen Jahrhunderts hat sich nur noch bei den konservativen Gruppen innerhalb der Kirche und der SPD erhalten. Sie wird aussterben und einem Zusammenarbeiten der beiden Institutionen Platz machen. Zunächst wird eine weit-

---

David, P. Gustav Gundlach S. J. (Einem großen Sozialphilosophen zum Gedächtnis), in: Orientierung. Katholische Blätter für weltanschauliche Information 27, 1963, S. 150–151; Aretz, Katholizismus, insb. S. 61f. und 72–74; Anton Rauscher, Oswald von Nell-Breuning SJ (1890–1991), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 7, Mainz 1994, S. 277–292 und 307–308; Heribert Klein (Hrsg.), Oswald von Nell-Breuning. Unbeugsam für den Menschen. Lebensbild, Begegnungen, ausgewählte Texte, Freiburg im Breisgau/Basel etc. 1989; Benno Kuppler, Oswald von Nell-Breuning SJ (1890–1991). Ein Leben im Dienst der kirchlichen Sozialverkündigung, in: Gregorianum 73, 1992, S. 329–335; Ummenhofer, Schreiten, S. 38f. Die Münchner Akademie behielt auch später ihre zentrale Bedeutung bei (Gespräch mit Professor Dr. Hans Maier am 19.3.2008).

19 Stefan Ummenhofer, Wie Feuer und Wasser? Katholizismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, Berlin 2003, S. 266; Karl Gabriel, Zwischen Aufbruch und Absturz in die Moderne. Die katholische Kirche in den 60er Jahren, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, 2. Aufl., Hamburg 2003 (zuerst 2000), S. 528–543.

20 Rüdiger Reitz, Welche Rolle spielen Christentum und Kirche in den Aussagen der SPD von 1945 bis 1950. Beitrag zur geistigen Grundlagenüberprüfung der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Informationsdienst Kirchenfragen. Evangelischer Bereich, hrsg. vom Vorstand der SPD Bonn, 3. Jahrgang, Nr. 4 vom 20.4.1976, S. 7–29, hier: S. 7; ders., Kurt Schumachers Verhältnis zu Religion und Kirche. Eine Untersuchung anhand seiner Schriften und Reden aus den Jahren 1945–1952, in: Informationsdienst Kirchenfragen. Evangelischer Bereich, hrsg. vom Vorstand der SPD Bonn, 2. Jahrgang, Nr. 14 vom 20.8.1975, S. 1–26, hier: S. 18. Zurückhaltender in der Bewertung ist Möller, Evangelische Kirche und Sozialdemokratische Partei, S. 130; Kurt Hutten, Freidenker, in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. 2, Tübingen 1958, Sp. 1093–1096, hier: Sp. 1096.

gehende Toleranz zu üben sein. Im Zusammenwirken am gleichen Ziel und den daraus abgeleiteten Aufgaben wird sich ein friedliches Miteinander entwickeln, an den Häuptionern wie an den Gliedern.«<sup>21</sup>

In Hamburg trat Mitte der 1950er Jahre Herbert Wehner wieder in die evangelische Kirche ein und sprach gelegentlich in der Hauptkirche Sankt Michaelis. Der damalige Senior und spätere Bischof der Landeskirche, Hans-Otto Wölber (1913–1989), bezeichnete Wehner als einen der entscheidenden Mentoren einer Entwicklung, die dazu führte, dass die SPD auch im liberalen Humanismus und im Christentum Wurzeln sozialistischer Politik erblickte.<sup>22</sup>

Die deutsche Gesellschaft war nicht mehr wie im Kaiserreich von Facharbeitern, sondern vor allem von Angestellten geprägt, die seit den 1920er Jahren auch innerhalb der SPD nach und nach immer stärker vertreten waren, während der Anteil der Arbeiter zurückging. Die Partei musste auf diese veränderte Situation reagieren, um nicht an politischer Bedeutung zu verlieren; deutlich wurde dies auch in programmatischen Änderungen. Um bundesweit aus der Randposition einer Minderheitenpartei herauszukommen und um eine etwaige Regierungsübernahme grundsätzlich zu ermöglichen, war es notwendig, auch das Verhältnis der Partei zu den Kirchen zu bereinigen, was 1959 mit dem Godesberger Programm erfolgte. Zum Hintergrund dieser Veränderungen gehörten ebenfalls der Kalte Krieg zwischen den Weltmächten USA und UdSSR und die besonderen Erfahrungen der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone durch den 1946 erzwungenen Zusammenschluss von SPD und KPD zur SED, die bald darauf dem »Sozialdemokratismus« den Kampf ansagte.

Dieser Veränderungsprozess fand innerhalb der SPD seinen programmatischen Niederschlag. Im Berliner Programm von 1954 hieß es bereits:

»Die sozialistischen Ideen sind keine Ersatzreligion. Die sozialistische Bewegung stellt sich nicht die Aufgaben einer Religionsgemeinschaft. In Europa sind Christentum, Humanismus und klassische Philosophie geistige und sittliche Wurzeln des sozialistischen Gedankengutes. Die Sozialdemokratie begrüßt die wachsende Erkenntnis vieler Christen, daß das Evangelium eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft einschließt.«<sup>23</sup>

Grundsätzlich fand die Annäherung an das Christentum 1959 mit der Abkehr von der Orthodoxie seine programmatische Verankerung im Godesberger Programm. Dort gab es einen eigenen Abschnitt zum Thema »Religion und Kirche«, der aufgrund seiner Bedeutung hier vollständig zitiert wird:

»Nur eine gegenseitige Toleranz, die im Andersglaubenden und Andersdenkenden den Mitmenschen gleicher Würde achtet, bietet eine tragfähige Grundlage für das menschlich und politisch fruchtbare Zusammenleben.

Der Sozialismus ist kein Religionsersatz. Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz.

21 *Johannes Schult*, Christentum, Kirche und die Sozialdemokratie Deutschlands, Manuskript vom Herbst 1953, Staatsarchiv Hamburg, 622–2, Nachlass Johannes Schult, 12/4; *Ummenhofer*, Schreiten, S. 33.

22 Manuskript und Resonanz in: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn, Herbert-Wehner-Archiv, A003077; Gespräch mit Greta Wehner am 29.3.2008; *Hans-Otto Wölber*, Neue Akzente seit 1960 – die Hauptpastoren Harms und Quest. Kurz und gut, es wird noch fabuliert, in: *Diether Haas* (Hrsg.), Der Turm Hamburgs Michel – Gestalt und Geschichte, Hamburg 1986, S. 134–146, hier: S. 138f. Zu Wehners Verhältnis zum Christentum vgl. *Fitschen*, Der Christ Herbert Wehner.

23 Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. u. eingeleitet v. *Dieter Dowe/Kurt Klotzbach* (mit den aktuellen Programmtextwürfen im Anhang), 4., überarb. u. aktual. Aufl., Bonn 2004, S. 276–323, das Zitat auf S. 282.

Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit. Sie begrüßt es, daß Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen. Freiheit des Denkens, des Glaubens und des Gewissens und Freiheit der Verkündigung sind zu sichern. Eine religiöse oder weltanschauliche Verkündigung darf nicht parteipolitisch oder zu antidemokratischen Zwecken mißbraucht werden.«<sup>24</sup>

Diese Programmpassage ermöglichte es, den begonnenen Prozess der Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Kirche zu intensivieren. Von daher kann das Godesberger Programm, das auch für die Absage an den Marxismus als bisherigen Religionersatz steht, als Zäsur in der Geschichte des Verhältnisses zwischen beiden Seiten gelten.

Am Rande angemerkt sei, dass Hamburger Sozialdemokraten, unter ihnen auch Herbert Wehner und Helmut Schmidt, die Notwendigkeit eines neuen Grundsatzprogramms im Vorfeld bezweifelten. Erst nach der Bundestagswahl-niederlage 1957 erhöhte Erich Ollenhauer den Druck auf die Programmkommission. In den Beratungen im Hamburger Landesvorstand herrschte 1958 noch die Meinung vor, dass das Dortmunder Aktionsprogramm von 1952 ausreichend sei, um aktuelle politische Korrekturen vorzunehmen. Dennoch konnten die Hamburger einen neuen Entwurf nicht verhindern, der dann in der Partei auf Kreisebene intensiv diskutiert wurde. Schmidt kritisierte den Umfang des neuen Entwurfs. Anfang 1959 war dann auch in Hamburg die Notwendigkeit eines neuen Grundsatzprogramms von führenden Hamburger Sozialdemokraten eingesehen worden, zumal viele Hamburger Anregungen, unter anderem zur Textlänge, aufgegriffen worden waren. Der Eimsbüttler Kreisvorsitzende Peter Blachstein (1911–1977) kritisierte die Abkehr vom Sozialismus und den programmatischen Abstand zum Marxismus sowie die Abkehr von der Sozialisierung, wurde aber überstimmt. Die Frage des Verhältnisses der SPD zu den Kirchen war indessen, soweit ermittelbar, kein explizites Thema der Hamburger Diskussionen über das Godesberger Programm.<sup>25</sup>

## II. ZWEIERLEI ANNÄHERUNG: DAS VERHÄLTNIS DER SPD ZU DEN KIRCHEN NACH GODESBERG

Das Godesberger Programm der SPD von 1959 war eine wichtige inhaltliche Voraussetzung für eine grundsätzliche Erneuerung des Verhältnisses zu den Kirchen und stellt so eine Zäsur dar. Zentral waren der Satz: »Der Sozialismus ist kein Religionersatz«, der öffentlich-rechtliche Schutz für Religionsgemeinschaften sowie die erklärte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kirchen »im Sinne einer freien Partnerschaft«.<sup>26</sup>

Allerdings setzte gerade im Hinblick auf den Katholizismus nicht sofort eine Veränderung ein, das neue Parteiprogramm wurde dort weitgehend abgelehnt, zum Beispiel im

24 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1959, zit. nach: ebd., S. 324–345, das Zitat auf S. 339; *Mommsen*, Parteiprogramme, S. 693; vgl. auch *Carlo Schmid*, Erinnerungen, Bern/München etc. 1979, insb. S. 660–662 und 676–680; vgl. dazu *Kurt Klotzbach*, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Bonn 1982 (Nachdruck 1996), insb. S. 433–454; *Kreierling*, Kirche, S. 27–32; *Brehm*, SPD, insb. S. 89–109; *Susanne Miller/Heinrich Potthoff*, Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1983, 5., überarb. u. erw. Aufl., Bonn 1983, insb. S. 199–206; *Joseph Rovon*, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt am Main 1980, insb. S. 223–232; *Hartmut Soell*, Der lange Marsch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.11.2009, S. 6.

25 *Christel Oldenburg*, Tradition und Modernität – Die Hamburger SPD von 1950–1966, Berlin 2009, insb. S. 372–386; Gespräch mit Professor Hans Apel am 14.12.2007.

26 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1959, zit. nach: Programmatische Dokumente, S. 324–345, das Zitat auf S. 339.

Zentralkomitee der deutschen Katholiken. In vielen Veröffentlichungen wurde behauptet, dass die dort festgeschriebene Wandlung nur vorgetäuscht und die Partei weiterhin »antireligiös« sei. Inhaltlich wurde kritisiert, dass die Bekenntnisschulen und das Subsidiaritätsprinzip, das zusammen mit Solidarität und Gemeinwohl zu den Hauptprinzipien der Katholischen Soziallehre zählte, nicht berücksichtigt würden. Und dennoch bezeichnete gerade ihr Nestor, Oswald von Nell-Breuning, den gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms als ein »kurz gefaßtes Repetitorium der katholischen Soziallehre«. Immerhin gab es nunmehr Teile der katholischen Presse, wie die Münchner Katholische Kirchenzeitung, die die SPD wohlwollender betrachteten.<sup>27</sup>

Im Januar 1961 setzte die SPD eine Kommission ein, die intensivere Gespräche mit der Katholischen Kirche führen sollte. Dazu gehörten Adolf Arndt, Willi Eichler, Herbert Wehner sowie der kurz zuvor von der CDU zur SPD gewechselte katholische Bundestagsabgeordnete Peter Nellen (1912–1969). So ergaben sich 1961/62 einige Gespräche mit den Kardinälen Josef Frings (1887–1978) und Julius Döpfner (1913–1976). Auf der anderen Seite gab es in Teilen des Katholizismus zeitgleich Kritik an der CDU, die Partei vernachlässige das Christliche im Parteianamen und vertrete liberale Anschauungen. Dennoch empfahlen anlässlich der Bundestagswahl im September 1961 die deutschen Bischöfe in einem Hirtenwort implizit nach wie vor, CDU oder CSU zu wählen, und auch das konkrete Wahlverhalten änderte sich noch nicht. Wie 1949 gaben nur 26 % der katholischen Wählerinnen und Wähler der SPD ihre Stimme, 62 % wählten die Unionsparteien.

Hilfreich war allerdings der durch das Zweite Vatikanische Konzil begonnene Prozess der Öffnung der Katholischen Kirche zur Welt, insbesondere die Enzyklika von Papst Johannes XXIII. »Mater et magistra« vom 15. Mai 1961. Der SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt (1913–1992) sah darin vielfältige Übereinstimmungen mit dem Godesberger Programm. 1961 und vor allem im Kontext der Spiegel-Affäre im Herbst 1962 gab es erste Sondierungen über eine Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD, zu denen katholische Kirchenvertreter wie Josef Kardinal Frings und der Münsteraner Weihbischof Heinrich Tenhumberg (1915–1979) ihre Zustimmung gaben, was noch einige Jahre vorher undenkbar gewesen wäre.<sup>28</sup>

Angeregt von Papst Paul VI. (1897–1978) wurde am 5. März 1964 erstmals eine sozialdemokratische Delegation im Vatikan empfangen. Der Impuls dazu ging bereits im Vorjahr vom SPD-Politiker Ernst Paul (1897–1978) und einem Bruder des Papstes, Senator Ludovico Montini (1896–1990), aus, die sich aus europäischen Gremien persönlich gut kannten. Dieser Kontakt erfolgte mit Billigung Herbert Wehners. Wichtige Vermittlungsarbeit leistete im Hintergrund der Katholik Johannes Schauff (1902–1990). Die Audienz war so diskret vorbereitet worden, dass der deutsche Episkopat und die Bundesregierung erst nach Vereinbarung des Termins davon erfuhren. Es bestand ein Fotografierverbot, und über die Inhalte der Begegnung wurde Vertraulichkeit vereinbart. Zuerst fand ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Fritz Erler und Papst Paul VI. statt, in dem es um die geistige Entwicklung von Sozialdemokratie und Katholischer Kirche ging; anschließend

27 *Ummenhofer*, Schreiten, S. 40–43, die Zitate auf S. 41 und 42; *Brehm*, SPD, insb. S. 106–109; *Thomas M. Gaulty*, Kirche und Politik in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1976, Bonn 1990, insb. S. 191–199; *Felix Raabe*, Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1952–1964. Katholische Laienarbeit in Kirche und Gesellschaft, in: *Thomas Sauer* (Hrsg.), Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik, Stuttgart/Berlin etc. 2000, S. 65–88, insb. S. 85–87; *Gustav E. Kafka*, Der freiheitliche Sozialismus in Deutschland. Das Godesberger Programm der SPD in katholischer Sicht, hrsg. vom Sozialreferat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Paderborn 1960.

28 *Ummenhofer*, Schreiten, S. 44f.; *Aretz*, Katholizismus, S. 77–81; *Brehm*, SPD, S. 136–139; *Edgar Wolfrum*, Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1990, Stuttgart 2005, S. 259–270.

wurden die weiteren Delegierten, Waldemar von Knoeringen, Ernst Paul und Peter Nellen, empfangen. Erler überreichte dem Papst ein Exemplar des Godesberger Programms und erklärte, dass die SPD an guten Beziehungen zur Katholischen Kirche interessiert sei. In seiner Antwort lobte der Papst den Beitrag dieser Partei zum wirtschaftlichen und sozialen Leben in Deutschland und distanzierte sich von einstigen Differenzen. Offenbar wollte er die kirchlichen Interessen nicht zu eng an eine einzige Partei binden und schuf somit eine Basis für weitere Kontakte mit der SPD. Dennoch wurden vom deutschen Episkopat Gesprächswünsche der SPD nicht aufgegriffen. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt bemühte sich im Anschluss an die Audienz vergeblich um einen Termin bei Kardinal Frings, der eine Zusammenkunft für nutzlos hielt. Auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken unter ihrem Generalsekretär Friedrich Kronenberg (Jahrgang 1933) betonte weiterhin die Nähe zu den Unionsparteien. Der Journalist Frederic Spotts vermutet, dass die führenden Katholiken Probleme hatten, »auf ihren letzten großen weltlichen Feind zu verzichten«.<sup>29</sup>

Ein wichtiger Schritt der praktischen Annäherung waren die 1961 begonnenen Verhandlungen zwischen dem sozialdemokratisch geführten Land Niedersachsen und dem Vatikan über die Frage der Bekenntnisschulen. Ergebnis war nicht nur ein Abkommen, sondern das erste Konkordat nach dem mit Preußen 1929 und dem Reichskonkordat von 1933. Es bestätigte den rechtlichen Status der Katholischen Kirche in Niedersachsen, sicherte unter anderem kirchliche Feiertage und ermöglichte eine großzügige finanzielle Unterstützung des Landes für katholische Schulen und Erwachsenenbildungsstätten. Das Konkordat wurde am 26. Februar 1965 vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Georg Diederichs (1900–1983) und dem päpstlichen Nuntius für Deutschland, Corrado Kardinal Baffie (1903–2005), unterzeichnet. Vorausgegangen war eine Öffnung der SPD in der Schulfrage. Die Partei forderte nicht mehr ausschließlich die öffentliche Gemeinschaftsschule, sondern ließ in ihren »Bildungspolitischen Leitsätzen« vom 22. Juli 1963 auch die konfessionelle Erziehung zu. Auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe im November 1964 stellte Gustav Heinemann fest: »Die Sozialdemokratische Partei respektiert die Entscheidung der Eltern, die einer durch ihren Glauben oder durch ihre Weltanschauung besonders bestimmten Erziehung den Vorrang geben.«<sup>30</sup>

Bei der Bundestagswahl 1965 erzielte die SPD im katholischen Bereich deutliche Stimmenzuwächse, vor allem in Industriegebieten und Großstädten, aber auch im ländlichen Raum. Das galt auch für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im folgenden Jahr. Seitdem gab es Zusammenkünfte im Katholischen Büro in Bonn, an denen Bischof Tenhumberg und Prälat Forster auf der einen, Herbert Wehner, Carlo Schmid, Georg Leber und Willi Eichler auf der anderen Seite beteiligt waren. Die parteipolitischen Kon-

29 Bericht Alexander Kohn-Brandenburg: Der Verlauf des Besuches der SPD-Delegation in Rom (4. bis 6. März 1964) vom 17.3.1964, AdSD, Nachlass Fritz Erler, 153; *Brehm*, SPD, S. 189–194; *Hartmut Soell*, Fritz Erler – Eine politische Biographie, Berlin/Bonn 1976, Bd. 2, S. 857–870; *Dieter Marc Schneider*, Johannes Schauff (1902–1990). Migration und »Stabilitas« im Zeitalter der Totalitarismen, München 2001, S. 158–163; *Friedhelm Boll/Krzysztof Ruchniewicz* unter Mitarbeit v. *Peter Beule* (Hrsg.), Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen, Bonn 2010, insb. S. 18; *Spotts*, Kirchen, S. 296; *Waibel*, SPD; Der SPIEGEL, 20.1.1965, S. 42f.

30 Gespräch mit Dr. Johannes Niemeyer, der auf kirchlicher Seite an der Ausarbeitung des Konkordats beteiligt war, am 26.3.2008; *Spotts*, Kirchen, insb. S. 293–299; *Ummenhofer*, Schreiten, S. 48, dort das Heinemann-Zitat; *Franz Osterroth/Dieter Schuster*, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten – Fakten – Hintergründe, Bd. 2, neu bearb. u. erg. Aufl., Bonn 2005, S. 245; *Klotzbach*, Weg, S. 588; *Brehm*, SPD, S. 194–200; *Burkhardt Reichert*, Erfahrungen zwischen Bonn, Rom und Berlin, in: *Wolfgang Thierse* (Hrsg.), Religion ist keine Privatsache, Düsseldorf 2000, S. 57–71, hier: S. 65f. Das Konkordat fand bei manchen Sozialdemokraten auch Ablehnung, wie sich Professor Dr. Winfried Döbertin im Gespräch am 3.1.2008 erinnert.

takte der katholischen Hierarchie waren nunmehr auch offiziell nicht mehr auf die CDU/CSU beschränkt. Diese wurden zur Zeit der Großen Koalition der Unionsparteien mit der SPD fortgesetzt.

Die intensiv diskutierte Ost-Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurde von Herbert Wehner mehrfach öffentlich thematisiert. Trotz kritischer Herangehensweise an dieses Dokument überwog bei ihm letztlich die Zustimmung. Dabei betonte er, dass die EKD grundsätzlich das Recht habe, sich zu Grundfragen der Politik zu äußern. Die SPD begrüße es, »wenn sich Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus sich zur Verantwortung in der Gesellschaft bekennen«. In der öffentlichen Diskussion solle die Denkschrift als Ganzes angemessen gewürdigt und in Ruhe besprochen werden.<sup>31</sup>

Die SPD warb weiterhin um Christen als Mitglieder und Wähler. Auf dem SPD-Landesparteitag in Berlin betonte Georg Leber am 22. April 1966: »Die Sozialdemokratie von heute ist nicht mehr die Sozialdemokratie von einst, und die Kirchen begegnen heute vielen unserer Probleme mit großer Aufgeschlossenheit und sind zuverlässige Partner bei der Lösung vieler sozialer Fragen.« Der Parteivorsitzende Willy Brandt stellte im Mai 1966 auf dem Dortmunder Parteitag klar: »In der SPD hat der Katholik genauso seinen Platz wie der Protestant. Wir führen das Christentum nicht zur unpassenden Zeit im Munde. Aber wir bemühen uns, so gut wir es können, unseren Dienst am Mitmenschen und unseren Dienst an der Gemeinschaft vom Geist der Bergpredigt beflügeln zu lassen.«<sup>32</sup>

Durch das verbesserte Verhältnis zwischen Katholizismus und Sozialdemokratie kam es im November 1967 zu einem Novum: Mit Georg Leber wurde der erste Sozialdemokrat in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken gewählt, der führenden Vereinigung katholischer Laien, in der kontinuierlich Mitglieder der CDU beziehungsweise CSU stärker vertreten waren. Ein Jahr später drückte Leber das gestiegene Selbstbewusstsein katholischer Sozialdemokraten so aus: »Wir haben gar keine Veranlassung, uns zu ducken und mit einem Stehplatz an der Kirchentür zu begnügen.« Dass ein Katholik Mitglied der SPD wurde, war noch 1950 ein Skandal, wie zum Beispiel bei Heinz Rapp (1924–2007), beziehungsweise wurde als überraschend empfunden, wie bei dem damaligen Gerichtsreferendar Hans-Jochen Vogel (Jahrgang 1926). In den seitdem vergangenen knapp zwei Jahrzehnten hatte sich durch die beiderseitige Annäherung einiges getan.<sup>33</sup>

Gerade zur Zeit der Großen Koalition von 1966 bis 1969 war das Verhältnis zwischen SPD und Katholischer Kirche gut, da man auf Spitzenebene miteinander und nicht mehr ausschließlich übereinander redete. An der Basis gab es jedoch auf beiden Seiten weiterhin Ressentiments. Auch wenn die Katholische Kirche auf oberster Ebene nicht mehr deutlich machte, welche politische Partei sie bevorzugte, so konnten die engen Beziehungen zu den Unionsparteien gerade auf regionaler und lokaler Ebene nicht so schnell aufgelöst werden. Von einer Begegnung auf Augenhöhe konnte daher noch nicht die

31 *Wehner*, Christentum, insb. S. 134–149, das Zitat auf S. 134f.; *Klaus Gotto*, Die deutschen Katholiken und die Wahlen in der Adenauer-Ära, in: *Langner*, Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik, S. 7–32, insb. S. 17; *Brehm*, SPD, S. 201–206; Gespräche mit Professor Egon Bahr am 8.6.2007, der die Denkschrift als wichtigen »Flankenschutz« für die sozialdemokratische Ostpolitik bezeichnet, und Dr. Richard von Weizsäcker am 26.7.2007; *Richard von Weizsäcker*, Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997, insb. S. 172–186.

32 Zit. nach: *Ummenhofer*, Schreiten, S. 49f.; Brandt selbst habe seinen Amtseid immer mit der Gottesformel geleistet, erinnert sich sein Nachfolger im Berliner Amt (Telefongespräch mit Klaus Schütz am 21.4.2008).

33 Gespräche mit Marlies Rapp am 18.3.2008 und Dr. Hans-Jochen Vogel am 4.12.2007; *Spotts*, Kirchen, S. 296–302; *Ummenhofer*, Schreiten, das Zitat auf S. 50; *Vogel*, Kirche, Bl. 4. Ähnliche Erfahrungen machte Hans-Joachim Seeler, der als Pastorensohn in die SPD eintrat (Gespräche mit Professor Dr. Hans-Joachim Seeler am 21.9.2006 sowie mit ihm und Dr. Ingrid Seeler am 18.12.2008).

Rede sein. Dennoch wurde ein Klima geschaffen, in dem Katholiken in die SPD eintreten und sich dort engagieren konnten.<sup>34</sup>

1969 setzten sich die sozialdemokratischen Erfolge im katholischen Milieu fort. Die SPD erreichte bei der Bundestagswahl 42,7% und bildete zusammen mit der FDP, die auf 5,8% kam, nunmehr die Bundesregierung; die CDU/CSU wurde trotz ihrer 46,1% in die Opposition verwiesen. Bei den Katholiken konnte die SPD deutlich an Stimmen gewinnen und erreichte mit 33% sieben Prozentpunkte mehr als zuvor. Dennoch blieb die Verbindung zwischen Katholischer Kirche und Unionsparteien nach wie vor sehr eng.<sup>35</sup>

Die SPD setzte in ihren Kontakten, wie später auch, auf die offizielle Amtskirche und ihre Vertreter, nicht auf die in den 1960er Jahren stärker werdenden kritischen, »linkskatholischen« Gruppierungen. Herbert Wehner befürchtete, dass die Partei »eine Art umgekehrte CDU« werde, wenn sie sich diesen Kreisen öffnen würde. Die SPD hatte und hat die gesamte Katholische Kirche im Blick und nicht nur ein bestimmtes Segment. Trotzdem engagierten sich einige Linkskatholiken in einem »Katholischen Arbeitskreis in der Sozialdemokratischen Wählerinitiative«, dem neben Theologen auch Prominente wie der Schriftsteller Günter Grass (Jahrgang 1927) angehörten.<sup>36</sup>

Zu einer gravierenden Verschlechterung der Beziehungen zur Katholischen Kirche führten die Reformprojekte der sozial-liberalen Koalition ab 1969, insbesondere die langjährigen Auseinandersetzungen um die Reform des Paragraphen 218 StGB. Dieses Thema bestimmte die politische Arbeit Helmut Schmidts gerade während seiner Kanzlerschaft nachhaltig und wird daher später ausführlich thematisiert. Entsprechend angespannt war das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Katholizismus im Wahljahr 1972. Joseph Kardinal Höffner (1906–1987) erklärte nur die Abgeordneten für wählbar, die die Unantastbarkeit ungeborenen menschlichen Lebens sicherstellten. Auch der Wahlhirtenbrief der Deutschen Bischofskonferenz und eine entsprechende Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken fielen zugunsten der Unionsparteien aus. Der CDU-Sprecher Willi Weiskirch (1923–1969) postulierte sogar in einem Presseartikel: »Ein Katholik, der sich in eine SPD-Versammlung verirrt, ist nach wie vor in der Situation eines gläubigen Christen, der zufällig in eine Moschee geraten ist.«

Bundeskanzler Willy Brandt setzte sich frühzeitig für normale Beziehungen zum Vatikan ein und beauftragte Verkehrsminister Georg Leber und den Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner, entsprechende Verbindungen aufzunehmen. Am 19. November 1969 wurden beide von Papst Paul VI. zu einer Audienz eingeladen. Der Papst begrüßte das Bestreben der SPD, ihr Verhältnis zur Katholischen Kirche verbessern zu wollen. Am 13. Juli 1970 wurde Brandt selbst vom Papst zu einem Gespräch empfangen, bei dem es um die Ostpolitik ging.

Im März 1972 forderte Brandt erneut im SPD-Parteivorstand, sich um ein gutes Verhältnis zu den Kirchen zu bemühen, was von den meisten Funktionären auch umgesetzt wurde. Bei der Bundestagswahl am 19. November 1972 wurde die SPD mit 45,8% erstmals stärkste Partei – die CDU/CSU lag bei 44,9% – und konnte zusammen mit der FDP, die 8,4% erzielte, gestärkt weiterregieren. Brandt wusste um die Bedeutung gerade der katholischen Stimmen für seinen Erfolg und freute sich über »den Geist wachsender Offenheit unter unseren katholischen Landsleuten«. In seiner zweiten Regierungserklärung stellte er die Kirchen besonders heraus. Nunmehr gab es in der Katholischen Kirche vorsichtige Öffnungstendenzen.

34 Hierzu und zum Folgenden vgl. *Ummenhofer*, Schreiten, insb. S. 52–99.

35 *Spotts*, Kirchen, S. 296–302; *Ummenhofer*, Schreiten, insb. S. 50–53.

36 *Ummenhofer*, Schreiten, insb. S. 50f. und 62f.; Gespräche mit Professor Dr. Friedhelm Boll am 21.5.2008, Dagmar Mensink am 10.12.2008 und Benno Haunhorst am 3.1.2009.

Der Leiter des Katholischen Büros in Bonn, Prälat Wilhelm Wöste (1911–1993), befasste sich in einem Vortrag mit der Möglichkeit einer Äquidistanz zu den politischen Parteien. Die Kirche müsse nach allen Seiten gesprächsbereit sein, forderte er und lud im Februar 1973 katholische Abgeordnete der SPD zu Gesprächen ein, darunter die Minister Hans-Jochen Vogel und Georg Leber sowie den Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner. Dennoch wirkte sich die temperamentvolle Debatte über die strafrechtliche Regelung der Abtreibung weiterhin negativ für die SPD aus, zum Beispiel im bayerischen Landtagswahlkampf 1974. Selbst Karl Forster, der 1958 die zentrale Tagung über Sozialdemokratie und Katholizismus in München organisiert hatte, wies eine Äquidistanz der Katholischen Kirche zu den politischen Parteien zurück und unterstellte der SPD eine Reideologisierung.<sup>37</sup>

Ein weiterer wichtiger Meilenstein in der Geschichte des Verhältnisses der SPD zu den Kirchen war die Einrichtung zweier Kirchenreferate beim Parteivorstand unter dem Vorsitz Willy Brandts 1973/74. Hintergrund war der Wunsch, zu allen gesellschaftlich relevanten Gruppen Kontakt zu haben, wobei der Stimmenzuwachs kirchlich gebundener Wählerinnen und Wähler bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972, gerade aus dem Katholizismus, ebenfalls eine Rolle spielte. Diese Entwicklung sollte durch eine Kontaktstelle zu allen kirchlichen Ebenen und verbesserte Gesprächsmöglichkeiten weiter gefördert werden. Zugleich galt es, innerhalb der SPD »das Defizit an Wahrnehmungsfähigkeit gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Wirksamkeit von Glaube, Religion und Kirche abzubauen« (Burkhard Reichert). Dabei wollte man den Partner in seiner Eigenständigkeit und in seinem Selbstverständnis respektieren. Besonders engagiert war in dieser Frage Herbert Wehner.

Dass für jede der beiden großen christlichen Konfessionen ein eigenes Referat mit einem Referenten und einer Sekretärin eingerichtet wurde, war ein einmaliger Vorgang in der deutschen Parteiengeschichte. Besetzt wurden sie 1973 mit dem Pastor Rüdiger Reitz für den evangelischen und 1974 mit dem Diplom-Theologen Burkhard Reichert (1938–2003) für den katholischen Bereich. Beide pflegten persönliche und institutionelle, formelle und informelle Kontakte zu den Kirchen, informierten laufend den Parteivorstand über aktuelle Entwicklungen und Tendenzen sowie atmosphärisch wichtige Hintergründe, bereiteten die Gespräche der SPD mit Kirchenvertretern vor, verfassten Entwürfe für Reden und Schreiben der Vorstandsmitglieder, koordinierten die Parteipräsenz auf Kirchentagen und unterstützten die regionalen und lokalen Arbeitskreise SPD – Kirche, die zuerst 1973 in Bayern entstanden waren. Auch auf dieser Ebene konnten renommierte Referenten gewonnen werden, wie zum Beispiel der katholische Theologe Johann Baptist Metz (Jahrgang 1928).<sup>38</sup>

Burkhard Reichert, zuvor an der Katholischen Akademie Bayerns tätig, war ein in der Katholischen Kirche wie in der SPD geschätzter Gesprächspartner, der durch seine diplomatische Art die Annäherung und Zusammenarbeit nachhaltig förderte: 1978 kam es zur ersten offiziellen Begegnung von Vertretern des SPD-Parteivorstands und der Deutschen Bischofskonferenz. Aber auch auf den Deutschen Katholikentagen war die SPD durch Reicherts Einsatz immer präsenter: Auf dem Freiburger Katholikentag 1978 waren erstmals sozialdemokratische Positionen im Programm vertreten. Hermann Schmitt-Vocken-

37 *Ummenhofer*, Schreiten, S. 54 und 62–65, die Zitate auf S. 63f.; *Boll/Ruchniewicz*, Nie mehr eine Politik über Polen hinweg.

38 Gespräch mit Professor Dr. Johann Baptist Metz am 2.7.2009, der 1980 in Erlangen vor dem Gesprächskreis »Kirchen und SPD in Bayern« vortrug; vgl. *Johann Baptist Metz*, Christentum und Politik – jenseits bürgerlicher Religion, in: *ders.*, Jenseits bürgerlicher Religion. Reden über die Zukunft des Christentums, München/Mainz 1980, S. 94–110. Zur Bedeutung der regionalen Arbeitskreise vgl. auch Gespräch mit Professor Dr. Hans-Joachim Seeler und Dr. Ingrid Seeler am 18.12.2008.

hausen (1923–1979) war der erste Sozialdemokrat, der mit einem großen Forums-Referat betraut wurde. Zwei Jahre später waren schon mehrere SPD-Referenten auf dem Berliner Katholikentag im Programm zu finden. Reichert, der als einer der wenigen Sozialdemokraten Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken war, bereitete die Vatikan-Kontakte Helmut Schmidts als Bundeskanzler und Willy Brandts als Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission vor.

Rüdiger Reitz war nach seiner theologischen Ausbildung und Ordination in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau journalistisch tätig. Beim Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) hatte er ein Volontariat absolviert und dort anschließend als fester freier Mitarbeiter im Bereich »Kirche und Leben« gearbeitet. Auf Empfehlung Erhard Eplers, des Beauftragten der SPD für die Kontakte zur Evangelischen Kirche, hatte er im Juni 1973 die Position des evangelischen Kirchenreferenten beim SPD-Parteivorstand erhalten, die er bis 1999 ausübte. Er hatte sich sehr dafür eingesetzt, dass es auf der regionalen Ebene entsprechende Arbeitskreise SPD – Kirche gab, und die übergreifende Zusammenarbeit koordiniert.

Wichtig war der Kontakt zu den Kirchen gerade in der vorparlamentarischen und parlamentarischen Diskussion von Gesetzesvorhaben, die die von ihnen vertretenen Interessen berührten, was vor allem mit Blick auf Ehe, Familie, Jugend und Schule der Fall war. Gerade angesichts der Differenzen mit der Katholischen Kirche über die strafrechtliche Reform des Schwangerschaftsabbruchs (Paragraph 218 StGB) war die Arbeit der Kirchenreferate für die SPD von herausragender Bedeutung.<sup>39</sup>

Bei aller Betonung der Unterschiede zwischen SPD und Christentum vor allem von kirchlicher Seite gab es auch einige wenige anderslautende Einschätzungen aus dem Bereich der Wissenschaft: 1976 erschien das Buch des Kölner Religions- und Kulturoziologen Demosthenes Savramis (1925–1990) über »Das Christliche in der SPD«, in dem er – unabhängig von der Partei – betonte, dass Christentum und Sozialismus »auf dem gleichen Wertsystem beruhen: beide nahmen und nehmen sich auf der ganzen Welt der Bedrängten und Hilflosen an; beide bezogen und beziehen Stellung gegen Bedrucker jeder Schattierung und jeden Ranges; beide kämpften und kämpften gegen jede Art von sozialer Ungerechtigkeit; beiden ist gemeinsam das Bild vom barmherzigen Samariter«.<sup>40</sup>

Nach dem Rücktritt Willy Brandts wurde Helmut Schmidt 1974 zum Bundeskanzler gewählt. Schmidt legte großen Wert auf gute Kontakte zu den Kirchen und nahm mit mehreren Grundsatzreden im kirchlichen Kontext Stellung. Seine Rede in der Katholi-

39 AdsD, SPD-PV, Akten der Kirchenreferate; *Reichert*, Erfahrungen, das Zitat auf S. 58; *Ummenhofer*, Schreiten, S. 69; *Dieter Haack*, Koalition der Vernunft mit praktizierenden Christen. Zur Gründung eines »Gesprächskreises Kirche und SPD« in Bayern, in: SPD Pressedienst P/XXVIII/132 vom 13.7.1973, S. 3; Christen in der SPD. Sozialdemokratie und Kirchen, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn [1985]; Gespräche mit Dr. Rüdiger Reitz am 18.7.2007, Ruth Schmitt-Vockenhausen am 26.10.2007, Dr. Hans Koschnick am 9.5.2008 und Benno Haunhorst am 3.1.2009; Evangelisches Zentralarchiv, Berlin, 87/655 (Büro des Bevollmächtigten der EKD am Sitz der Bundesregierung).

In der Todesanzeige der SPD für Reichert hieß es explizit: »Seiner beharrlichen Arbeit ist zu verdanken, dass das Verhältnis zwischen SPD und katholischer Kirche heute nicht mehr durch die ehemals historisch bedingte Ferne bestimmt ist. Er hat stets die Freiheit von Kirche und Staat betont, aber zugleich ihre Zuordnung zueinander deutlich gemacht. Das friedliche Zusammenleben verschiedener Religionen mitzugestalten, sah er als wichtige Zukunftsaufgabe an.«; *General-Anzeiger* (Bonn), 19./20.4.2003; *Vorwärts* 2003, Nr. 5; *Susanna Schmidt/Michael Wedell* (Hrsg.), »Um der Freiheit willen ...!«. Kirche und Staat im 21. Jahrhundert. Festschrift für Burkhard Reichert, Freiburg im Breisgau/Basel etc. 2002.

40 *Demosthenes Savramis*, Das Christliche in der SPD, München 1976, S. 2. Dass dieses Buch in der SPD nicht unkritisch gesehen wurde, zeigt eine interne Stellungnahme von Rüdiger Reitz (AdsD, SPD-PV, 13217).

schen Akademie Hamburg über Grundwerte sowie die Publikation von Reden als Taschenbuch mit dem Titel »Als Christ in der politischen Entscheidung« im Jahr 1976 setzten deutliche Akzente. Doch auch das konnte angesichts der Diskussionen um die Reform des Paragraphen 218 StGB nicht verhindern, dass die Union bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 mit 48,6 % deutlich gestärkt wurde. Die SPD erlitt Einbußen (42,6 %), konnte aber mit der FDP (7,9 %) die Koalition fortsetzen. Deutlich waren die Verluste der SPD im katholischen Milieu, wo sie von 39 % (1972) auf 32 % absackte, wohingegen CDU und CSU von 57 auf 62 % zulegten. Von den regelmäßigen katholischen Kirchgängern wählten nur noch 22 % die SPD, 75 % aber die Unionsparteien. Hans-Jochen Vogel, der selbst die Indikationenlösung vertrat, kritisierte intern, dass die SPD in der Auswahl der Konflikte mit dem Katholizismus sehr ungeschickt gewesen sei:

»Eine vernünftig begründete Fristenlösung (wie in Österreich) hätte die Wählbarkeit der SPD für Katholiken nicht [zu] zerstören brauchen [...]. Wir haben aber die Reform des § 218 StGB mancherorts als das Erkämpfen von mehr Freiheit dargestellt, mit Unsinnigkeiten wie dem Antrag einzelner Münchener Abgeordneter, das Kreuzifix aus den Arbeitsgerichten zu entfernen, Nebenkriegsschauplätze eröffnet und überdies da und dort den Eindruck einer marxistischen Reideologisierung erweckt.«

1980 nahmen die katholischen Bischöfe noch einmal implizit für die Unionsparteien in einem Wahlhirtenbrief politisch Stellung, wurden dafür aber selbst vom Kanzlerkandidaten der Union kritisiert.<sup>41</sup>

Die Deutsche Bischofskonferenz ließ am 21. September 1980, also genau zwei Wochen vor der Wahl am 5. Oktober 1980, einen Hirtenbrief in den Vorabend- und Hauptmessen aller Kirchen verlesen, der klar als Kritik an der Bundesregierung und ihrem Kanzler Schmidt zu verstehen war. Die Bischöfe bezeichneten die Wahl nicht nur als politischen Vorgang, sondern als »eine sittliche Entscheidung darüber, welche Werte und Ziele die Politik in den kommenden Jahren bestimmen und tragen«. Kritisiert wurden die Liberalisierung des Abtreibungsrechts, was als »Aushöhlung des Grundrechts auf Leben« interpretiert wurde, und das Scheidungsrecht. Explizit wurde sogar die Staatsverschuldung angegriffen: »Die Ausweitung der Staatstätigkeit, die damit verbundene Bürokratisierung und die gefährlich hohe Staatsverschuldung müssen jetzt korrigiert werden.« Stattdessen solle »die persönliche Verantwortung der einzelnen und der Gruppen« gestärkt werden.<sup>42</sup> Schmidt erklärte in einem Zeitungsinterview, dass er »traurig« sei »über diesen Versuch einseitiger Beeinflussung des Wahlkampfes«.<sup>43</sup> Ausgehend vom katholischen Freiburger Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde (Jahrgang 1930) gab es von führenden Katholiken eine kritische Stellungnahme zum Wahlhirtenbrief, die kurz nach der Wahl in der »Herder Korrespondenz« als Anstoß zu einer innerkirchlichen Diskussion publiziert wurde.<sup>44</sup>

Auf politischer Ebene wurde von der SPD sofort nach dem in der Frankfurter Rundschau vorab veröffentlichten Hirtenbrief reagiert. Der Parteivorsitzende Willy Brandt be-

41 *Ummenhofer*, Schreiten, insb. S. 66–70, das Zitat auf S. 67 (Vogel an Rapp, 28.10.1976, AdSD, Nachlass Rapp, 645); freundliche Mitteilung von Dr. Hans-Jochen Vogel vom 6.7.2010.

42 Wort der Bischöfe zur Bundestagswahl 1980, Archiv Helmut Schmidt (AHS), Hamburg, Ordner »Christliche Politik«, Politik und Kirche 9.8, Anlage 15a; *Hartmut Soell*, Helmut Schmidt. 1969 bis heute. Macht und Verantwortung, München 2008, S. 817f.

43 Bild-Zeitung, 19.9.1980, S. 1f.

44 *Ernst-Wolfgang Böckenförde/Franz Böckle/Bernhard Stoeckle* u. a., Der »Wahlhirtenbrief« 1980. Eine Anfrage an die deutschen Bischöfe, in: Herder Korrespondenz 34, 1980, H. 11, S. 570–573; zum Hintergrund vgl. insb. Böckenförde an Kardinal Höffner als Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Köln, 27.10.1980, mit der Stellungnahme, Bundesarchiv Koblenz, N 1538/376. Ich danke Herrn Professor Böckenförde, dass er mir die Erlaubnis zur Auswertung seines Vorlasses gegeben hat.

tonte am 12. September 1980, dass die Kirchen ihre Glaubwürdigkeit verlören, wenn sie sich einseitig Wahlparolen zu eigen machen würden, und sah die Gefahr, dass Katholiken, die politisch in der SPD beheimatet seien oder Helmut Schmidt vertrauten, von ihrer Kirche zurückgesetzt werden könnten. Der SPD-Geschäftsführer Egon Bahr (Jahrgang 1922) bedauerte sechs Tage später, dass die Kirchenvertreter in zahlreichen vertrauensvollen Zusammenkünften mit der SPD-Führung den Punkt der Staatsfinanzen mit keinem Wort erwähnt hätten. Herbert Wehner, SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, verwies explizit auf das Godesberger Programm der Partei und die Freiheit der Kirchen, sich öffentlich zu äußern. Diese finde jedoch ihre Grenzen, wenn die kirchliche Verkündigung parteipolitisch gedeutet werde. Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel beklagte am folgenden Tag, dass das Hirtenwort der Deutschen Bischofskonferenz von der Aussöhnung mit Polen, dem Umgang mit Ausländern und der Gefahr einer neuen Ausländerfeindlichkeit, der Gewissensprüfung der Ersatzdienstleistenden oder der Solidarität mit den »Entwicklungsländern« schweige. Mit Blick auf die zu Ende gehende und die neue Legislaturperiode fehlten derart aktuelle Themen in der katholischen Stellungnahme. Vogel sah darin eine Belastung des Dialogs zwischen Katholizismus und Sozialdemokratie.<sup>45</sup>

Dieser Wahlhirtenbrief kam für Helmut Schmidt, die Bundesregierung und die SPD sehr überraschend, denn gerade in den 1960er und frühen 1970er Jahren hatte sich das über viele Jahrzehnte sehr angespannte Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Katholizismus deutlich verbessert. Unter Julius Kardinal Döpfner, der am Zweiten Vatikanischen Konzil mitgewirkt hatte und von 1965 bis 1976 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz war, sei die Zusammenarbeit, so Schmidt, »reibungslos und von gegenseitigem Vertrauen geprägt gewesen«. Er charakterisiert den Kardinal als aufrechten Mann, der selbst bei gegensätzlichen Positionen immer vertrauenswürdig gewesen sei. Unter dessen Nachfolger Joseph Kardinal Höffner sei die Kooperation deutlich schwieriger gewesen. Höffner habe Vorbehalte gegenüber der sozial-liberalen Ostpolitik gehabt und zugleich eine distanzierte Haltung gegenüber dem polnischen Episkopat eingenommen; interessanterweise verband sich zeitgleich in Polen die Katholische Kirche mit den Reformkräften. Höffner habe zudem politisch die Position vertreten, dass für gläubige Katholiken bei Wahlen nur die CDU oder CSU infrage kämen, die sich selbst als christliche Parteien bezeichneten. Schmidt bedauerte den politischen Anspruch der Deutschen Bischofskonferenz unter Höffner, da er sich selbst immer nachdrücklich für die Freiheit der Kirche vom Staat eingesetzt habe. In der Bundesrepublik sei den Kirchen finanziell stärker als in den meisten anderen europäischen Staaten geholfen worden, ihre Aufgaben zu erfüllen.<sup>46</sup>

Helmut Schmidt war durch den Wahlhirtenbrief nicht nur politisch als Bundeskanzler getroffen. Die explizite Kritik an der Staatsverschuldung traf ihn auch als Volkswirtschaftler. Doch es kam noch eine weitere, persönliche Komponente hinzu: In den Gesprächen zwischen Schmidt und Höffner, zuletzt noch wenige Wochen vor dem Wahlhirtenbrief, war das Thema »Staatsfinanzen« weder von Höffner noch von einem anderen Mitglied der Deutschen Bischofskonferenz angesprochen worden. Unberücksichtigt blieben in der katholischen Kritik der Vergleich der deutschen Finanzsituation mit den anderen westlichen Industrienationen und die Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen, wie zum Beispiel die Ölpreisvervielfachung durch die OPEC. »Ich fühlte mich

45 Franz Osterroth/Dieter Schuster, *Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten – Fakten – Hintergründe*, Bd. 3, neu bearb. u. erg. Aufl., Bonn 2005, S. 404–406; Wehner, *Christentum*, S. 235–237; Gespräch mit Dr. Hans-Jochen Vogel am 4.12.2007; vgl. Friedhelm Boll/Wiesław Wysocki/Klaus Ziemer (Hrsg.), *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik*, Bonn 2009; Boll/Ruchniewicz, *Nie mehr eine Politik über Polen hinweg*.

46 Helmut Schmidt, *Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*, Berlin 1996, S. 382–384.

persönlich im Vertrauen auf Höffners Fairneß enttäuscht und verletzt«, schrieb Schmidt rückblickend in seinen Erinnerungen und vermutete, dass Höffner, der unter den CDU-Bundesregierungen die Ministerien für Familien- und Jugendfragen, für Wohnungsbau sowie für Arbeit und Sozialordnung beraten hatte, es nur schwer ertragen konnte, dass ein Sozialdemokrat, der sich noch dazu als evangelischer Christ verstehe, die Richtlinien der bundesdeutschen Politik bestimme. Als eine diplomatische Reaktion auf den Hirtenbrief fiel die Teilnahme am Jahresempfang des Katholischen Büros vonseiten der Bundesregierung deutlich geringer aus.<sup>47</sup>

Der evangelische Hannoversche Landesbischof Eduard Lohse (Jahrgang 1924), der bei dem letzten Gespräch Schmidts mit Höffner am 3. Juni 1980 aus Anlass der Feiern zum Kölner Domjubiläum dabei war, teilte die Überraschung des Bundeskanzlers für den Wahlhirtenbrief. Er vermittelte nach der gewonnenen Bundestagswahl im Frühjahr 1981 ein Gespräch zwischen Schmidt und Höffner, das der Bereinigung der eingetretenen Spannungen dienen sollte.<sup>48</sup>

Eine Gleichbehandlung der demokratischen Parteien durch die Katholische Kirche entwickelte sich im Übrigen erst, als unter der Kanzlerschaft des praktizierenden Katholiken Helmut Kohl (Jahrgang 1930) nicht alle kirchlichen Erwartungen erfüllt wurden und es sich zeigte, dass es keine politische Partei gab, die durch eine große Nähe zur (Katholischen) Kirche charakterisiert war. Dadurch wurden inhaltliche Übereinstimmungen mit der SPD deutlich, zumal sich auch die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung nicht mehr an die CDU/CSU gebunden fühlte. Bestimmend wurde jetzt ein Variabilitätsmodell im Verhältnis des Katholizismus zu den Parteien, nach dem die Parteien selbst durch ihre Programmatik und ihre konkrete politische Arbeit den Abstand zur Kirche regelten. Die Katholische Kirche führte einen Dialog gleichermaßen mit allen demokratischen Parteien.

Ein intensivierter Dialog zwischen Sozialdemokraten und Kirchen ergab sich in den Jahren 1994 bis 1997 bei der Vorbereitung des »Gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland«, ein Dialog, der auf verschiedenen Ebenen stattfand: Neben offiziellen Gesprächen, unter anderem mit den Vorsitzenden des Rats der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz, gab es Diskussionsabende in den Unterbezirken und Ortsvereinen der SPD. Zu diesem Zeitpunkt sei die SPD-Führungsriege, wie sich Peter Glotz (1939–2005), von 1981 bis 1987 SPD-Bundesgeschäftsführer, erinnerte, stark kirchlich geprägt und Agnostiker seien deutlich in der Minderheit gewesen.<sup>49</sup>

Unter der rot-grünen Bundesregierung von 1998 bis 2005 wurde das Verhältnis zum Katholizismus wieder kritischer, weil der Kanzler Gerhard Schröder (Jahrgang 1944) und viele Minister bei ihrer Vereidigung auf die religiöse Formel »So wahr mir Gott helfe!« verzichteten. Darüber hinaus führten Fragen des Schutzes ungeborenen Lebens (Abtreibungsspielle »Mifegyne«) sowie der gesellschaftlichen Anerkennung beziehungsweise

47 Ebd., das Zitat auf S. 383; Vermerk Reichert an Schmidt, 9.10.1980, AdsD, SPD-PV, Ablieferung 2/1996, Nummer 8. Die Witwe Hermann Schmitt-Vockenhausens, Ruth Schmitt-Vockenhausen, berichtete, dass in ihrer Gemeinde viele beim Verlesen des Hirtenbriefes den Gottesdienst verlassen hätten. Sie schrieb direkt an Höffner und kritisierte dessen parteipolitische Festlegung für die Union (Gespräch mit Ruth Schmitt-Vockenhausen am 26.10.2007); Hermann Schmitt-Vockenhausen an Schmidt, 8.10.1980, mit Schmitt-Vockenhausen an Kardinal Höffner, 8.10.1980, in der Anlage, AHS, Korrespondenz Privat-politisch, A-Z, Bd. 22, 1980.

48 Landesbischof D. Eduard Lohse an Schmidt, 18.9.1980; Schmidt an Lohse, 25.9.1980, AHS, Korrespondenz Privat-politisch, A-Z, Bd. 22, 1980; Gespräch mit Kardinal Höffner am 3.4.1981, AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 8941; vgl. *Helmut Schmidt*, Verfechter weltweiten sozialen Ausgleichs, in: *Klein*, Oswald von Nell-Breuning, S. 90–93.

49 *Reichert*, Erfahrungen, S. 67f.; *Peter Glotz*, Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers, Berlin 2005, S. 237f.

rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensformen zu inhaltlichem Dissens. Anders als unter den sozialdemokratischen Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt warb die SPD nicht mehr so intensiv um die Katholische Kirche. Stattdessen konzentrierte sie sich auf das Besetzen der »Neuen Mitte« und das Werben um die Wirtschaftsverantwortlichen. Die Herausforderungen der Globalisierung sowie die Neuschaffung von Arbeitsplätzen im Kontext der Informations- und Gentechnologie standen im Vordergrund.

Das Variabilitätskonzept funktionierte in den 1990er Jahren weitgehend. Bei manchen strittigen Themen, wie zum Beispiel dem christlichen Einfluss in den Schulen (Kruzifix-Debatte, Religionsunterricht), war die Katholische Kirche näher bei den Unionsparteien, in der Sozial- und Ausländerpolitik dichter an der SPD. Parteipolitisch eindeutige Hirtenbriefe von Bischöfen oder öffentliche Parteinahmen einzelner Geistlicher für die CDU oder CSU sind seit den 1990er Jahren nicht mehr zu finden, wenngleich die Unionsparteien von vielen noch immer als die politische Heimat der Katholiken angesehen werden. Auf der anderen Seite ist die SPD für katholische Christen offen. Allerdings ist der Prozentsatz katholischer Wählerinnen und Wähler sowie der Mandatsträger der SPD nach wie vor unterdurchschnittlich.

Die Bedeutung der Religion innerhalb der Partei ist jedoch unübersehbar: Im Jahr 2009 gehörten 48 % der SPD-Mitglieder der evangelischen und 23 % der Katholischen Kirche an – 26 % zählten zu keiner Religionsgemeinschaft. Damit wiesen nahezu drei Viertel der Mitglieder eine institutionalisierte religiöse Bindung auf. 38 % der Mitglieder einer Religionsgemeinschaft fühlten sich dieser stark, 50 % etwas und 12 % gar nicht verbunden. 40 % besuchten einen Gottesdienst ihrer Religionsgemeinschaft mehrmals im Jahr, 16 % einmal im Jahr, 19 % seltener als einmal jährlich, 9,7 % mindestens einmal im Monat, 6,6 % einmal in der Woche.<sup>50</sup>

Indes: Man sollte diese Zahlen auch nicht überbewerten. Die letztlich im Mai 2011 vorerst gescheiterten Bemühungen um die Gründung einer laizistischen Arbeitsgemeinschaft in der SPD kann man auch als Antwort auf die sinkenden konfessionellen Bindungen lesen und darauf, dass es wachsende Kreise innerhalb der Sozialdemokratie gibt, die auf eine stärkere Trennung von Kirche und Staat drängen – insbesondere in Steuerfragen.<sup>51</sup>

Dazu dürften nicht zuletzt auch die Erfahrungen in den neuen Bundesländern beigetragen haben, wo weite Regionen und Bevölkerungskreise durch die beiden Großkirchen kaum mehr erreicht werden. Zudem ist bemerkenswert, dass die Mitglieder der Gründungsgeneration der am 7. Oktober 1989 in Schwante ins Leben gerufenen Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP), die mehrheitlich einen kirchlichen Hintergrund hatten<sup>52</sup>, in der SPD des vereinigten Deutschland nur eine untergeordnete Rolle spielten. Manche von ihnen zogen zwar in den Bundestag oder in eines der neuen Landesparlamente ein; in Spitzenämtern der Partei gelangten sie jedoch in der Regel nicht oder allenfalls nur für kurze Zeit.<sup>53</sup>

---

50 Ulrich von Alemann/Markus Klein, Deutsche Parteimitgliederstudie 2009. Ergebnisse für die Mitglieder der SPD, Hannover 2010, S. 106f.

51 Vgl. URL: <<http://www.laizistische-sozis.de/>> [4.7.2011].

52 Einige waren evangelische Pfarrer, wie die Hauptinitiatoren Markus Meckel (Jahrgang 1952) und Martin Gutzeit (Jahrgang 1952), andere stammten aus Pfarrhäusern, hatten der Jungen Gemeinde oder der Evangelischen Studentengemeinde angehört. Vgl. dazu etwa *Petra Schuh/Bianca M. von der Weiden*, Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90. SDP und SPD im Einigungsprozess, München 1997, S. 38–50.

53 Vgl. Von der SDP zur SPD, hrsg. von der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, Bonn 1994, S. 42; *Daniel Friedrich Sturm*, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006, S. 466.

Grundsätzlich scheinen die Kirchen in den letzten Jahren bei den großen politischen Parteien an Bedeutung zu verlieren, auch in der CDU. Dennoch sind die regelmäßigen Gesprächskontakte zwischen Kirchen und Parteien fest etabliert. Bei Wahlen ist die SPD allerdings nach wie vor im katholischen Bereich unterrepräsentiert. Bei der Bundestagswahl 2005 lag der Anteil bei den Katholiken nur noch bei 27,4 %, wohingegen die CDU auf 47,4 % kam. Eine Analyse des Wählerverhaltens im Kontext der Bundestagswahl 2009 gelangte zu dem Ergebnis, dass weniger die Konfessionsunterschiede als die Stärke der Kirchenbindung eine Rolle spielten. Unter Katholiken mit Kirchenbindung kamen die CDU/CSU auf 67 % – insgesamt bei westdeutschen Katholiken auf 44 % –, die SPD dagegen erreichte nur 12 %. Parallel verlor die SPD ihren Vorsprung bei Protestanten und kam nur auf 27 %, während die Union bei 32 % lag.<sup>54</sup>

Innerhalb der SPD jedoch gewannen Katholikinnen und Katholiken an Bedeutung: 1987 wurde mit Hans-Jochen Vogel der erste praktizierende Katholik SPD-Vorsitzender. Viele führende Sozialdemokraten wie Wolfgang Thierse (Jahrgang 1943), der auch Mitglied des Berliner Diözesanrats war, oder Andrea Nahles (Jahrgang 1970) sind praktizierende Katholiken. Dennoch wünschte sich Burkhard Reichert im Jahr 2000 noch mehr Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit katholischem Profil, um die Partei im katholischen Milieu stärker etablieren zu können.

Heute gibt es auf Bundesebene den Arbeitskreis »Christinnen und Christen in der SPD«, der von je zwei Protestanten und Katholiken geleitet wird, sowie regionale beziehungsweise lokale Gruppierungen. Aus den beiden Kirchenreferaten wurde 2003 ein gemeinsames Referat für Kirchen und Religionsgemeinschaften beim Parteivorstand, das seitdem von der Katholikin Dagmar Mensink (Jahrgang 1963) geleitet wird. In diesem Schritt spiegelt sich auch die wachsende Bedeutung anderer Religionen, vor allem des Judentums und des Islams, wider. Wolfgang Thierse formulierte das sozialdemokratische Selbstverständnis so: »Die SPD begreift sich als eine Gemeinschaft von Männern und Frauen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen und sich in der Verwirklichung sozialdemokratischer Reformpolitik verbunden wissen«.

Das Hamburger Programm der SPD vom 28. Oktober 2007 enthält in einem eigenen Abschnitt ein klares Bekenntnis zur Bedeutung von Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften:

»Wir bekennen uns zum jüdisch-christlichen und humanistischen Erbe Europas und zur Toleranz in Fragen des Glaubens. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unsere Verfassung. Für uns ist das Wirken der Kirchen, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen, insbesondere wo sie zur Verantwortung für die Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und Tugenden und Werte vermitteln, von denen die Demokratie lebt.

54 *Karl Rohe*, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992, insb. S. 167–175 und 186f.; Forschungsgruppe Wahlen e. V., Sieg ohne Glanz: Eine Analyse der Bundestagswahl 1987, in: *Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann* (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 689–734, insb. S. 710–712; Bundestagswahl 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994, Mannheim 1994, S. 23f.; *Viola Neu*, Analyse der Bundestagswahl 2005, Sankt Augustin/Berlin 2006, S. 29f.; *Jürgen Hofrichter/Michael Kunert*, Wählerwanderung bei der Bundestagswahl 2005. Umfang, Struktur und Motive des Wechsels, in: *Frank Brettschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Wessels* (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007, S. 228–250, hier: S. 242–246; *Matthias Jung/Yvonne Schroth/Andrea Wolf*, Wählerverhalten und Wahlergebnis. Regierungswechsel ohne Wechselstimmung, in: *Karl-Rudolf Korte* (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2010, S. 35–47, hier: S. 45f.

Wir suchen das Gespräch mit ihnen und, wo wir gemeinsame Aufgaben sehen, die Zusammenarbeit in freier Partnerschaft. Wir achten ihr Recht, ihre inneren Angelegenheiten im Rahmen der für alle geltenden Gesetze autonom zu regeln.«

Kirchen und Religionsgemeinschaften seien »Träger der Zivilgesellschaft« wie auch Parteien, Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände: »Sie sind unsere Partner auf dem Weg zu einer humanen, zukunftsfähigen Gesellschaft.« Explizit werde der Austausch mit den »Kirchen und Glaubensgemeinschaften« in ethischen Fragen, zum Beispiel der Bio- und Gentechnologie oder der Medizin, gesucht. »Die Sozialdemokratie steht für ein tolerantes Europa, das seine unterschiedlichen Nationen und Regionen, Kulturen und Religionen als Reichtum versteht und pflegt.«<sup>55</sup>

### III. HELMUT SCHMIDTS BEITRAG ZUR ANNÄHERUNG VON KIRCHEN UND SOZIAL-DEMOKRATIE

Neben vielen anderen hat sich insbesondere Helmut Schmidt schon sehr frühzeitig für die Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Kirche eingesetzt, was von der Forschung – selbst von den meisten Schmidt-Biografen – bislang kaum wahrgenommen worden ist und daher hier erstmals ausführlicher dargestellt werden soll.<sup>56</sup> Ohne Berührungängste trat er von den 1950er Jahren bis heute in kirchlichem Kontext auf und sorgte – vergleichbar seinem Engagement für die Öffnung der SPD für die Bundeswehr – für eine deutliche Verbesserung des Verhältnisses der Sozialdemokratischen Partei zur römisch-katholischen Kirche wie zu den evangelischen Landeskirchen. Betrachtet man Schmidts Verhältnis zu den Kirchen, so sind zusammenfassend zwei Ebenen zu unterscheiden: zum einen die persönliche Beziehung Schmidts zum christlichen Glauben sowie zu den Kirchen, zum anderen die Bedeutung der kirchlichen Institutionen für sein gesellschaftliches und politisches Handeln.

Die erste Ebene ist eine unmittelbar-menschliche und kann daher nur bedingt mit den zur Verfügung stehenden Quellen erforscht werden. Auf jeden Fall ist im Laufe von

55 Reichert, Erfahrungen, S. 68f.; Wolfgang Thierse, Religion ist keine Privatsache, in: *ders.*, Religion, S. 7–13, hier: S. 7, dort auch das Zitat; Hans-Jochen Vogel, Von der Konfrontation zur Normalität. Zur Entwicklung des Verhältnisses zwischen Katholiken und Sozialdemokraten, in: *ebd.*, S. 46–56, hier: S. 46; *ders.*, Nachsichten, S. 520; Bernhard Vogel/Hans-Jochen Vogel, Deutschland aus der Vogelperspektive. Eine kleine Geschichte der Bundesrepublik, Freiburg im Breisgau/Basel etc. 2007, S. 197; Benno Haunhorst, Katholizismus und Sozialdemokratie, in: Thierse, Religion, S. 16–28; Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007, hrsg. vom SPD-Parteivorstand, Berlin 2007, S. 39 und 31 sowie S. 48, 63 und 26; Andrea Nahles, Frau, gläubig, links. Was mir wichtig ist, München 2009; vgl. auch Gespräche mit Dr. Hans-Jochen Vogel am 4.12.2007, Dr. Wolfgang Thierse und Dagmar Mensink am 10.12.2008 sowie Benno Haunhorst am 3.1.2009; URL: <<http://www.ak-christen.spd.de/akc.html>> [13.9.2009]. Zur gegenwärtigen Debatte um die Einrichtung eines Arbeitskreises »LaizistInnen in der SPD« vgl. Religion und Säkularität. Eine sozialdemokratische Kontroverse. Gespräch mit Carsten Schneider und Wolfgang Thierse, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 2011, H. 4, S. 46–52.

56 So finden sich selbst in der umfassenden, gründlich gearbeiteten zweibändigen Schmidt-Biografie Hartmut Soells nur wenige Hinweise auf diese Kontakte; Hartmut Soell, Helmut Schmidt. 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft, 2. Aufl., München 2004 (zuerst 2003); *ders.*, Helmut Schmidt. 1969 bis heute, insb. S. 812–818. Näher geht jedoch Martin Rupp, Helmut Schmidt. Politikverständnis und geistige Grundlagen, Bonn 1997, insb. S. 172–188, darauf ein. In Vorbereitung befindet sich: Rainer Hering, »Aber ich brauche die Gebote«. Helmut Schmidt und die Kirchen [im Druck]. Das folgende Kapitel stützt sich auf dieses Buch.

Schmidts Leben eine Entwicklung zu erkennen, die bei schon immer vorhandener Distanz zu den Kirchen zu einer fortschreitenden Entfernung vom Christentum – auch durch die intensivere Beschäftigung mit anderen Religionen – bei gleichzeitig fortbestehender Kirchenmitgliedschaft geführt hat. Helmut Schmidt hat sich nur selten konkret zu seinem Glauben oder zu seiner kirchlichen Biografie geäußert. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass er wenig persönlichen Bezug zum Christentum hat. Er hat kaum und als Politiker schon gar nicht gebetet und konnte viele konstitutive Elemente des Christentums wie die Dreieinigkeit Gottes nicht nachvollziehen. Der Gottesbegriff Schmidts ist meist unbestimmt und meint nicht immer zwingend den christlichen Gott, vielmehr eine höherstehende Macht. Es ist zu vermuten, dass diese Offenheit nicht zufällig ist. Sie ermöglichte es ihm, einen breiten Personenkreis anzusprechen und zugleich das eigene, phasenweise sicherlich auch nicht eindeutig geklärte Gottesbild offenzuhalten. Darin spiegelt sich auch der Pragmatismus Schmidts wieder, dem es nicht um wissenschaftliche – seien es theologische, philosophische oder religionswissenschaftliche – Auseinandersetzungen ging. Zum Glauben habe er nie ein besonderes Verhältnis entwickelt, er habe es auch nicht gesucht, bilanzierte Helmut Schmidt im Jahr 2008.<sup>57</sup> Das noch bis weit in die 1980er Jahre vorhandene Vertrauen in Gott als Herrn der Geschichte scheint bei ihm heute nicht mehr gegeben zu sein. Ob man Schmidt als Christen bezeichnet, hängt von der jeweiligen Definition des Begriffs ab. Er selbst hat dies jedoch immer wieder explizit getan.

Schmidts Zugang zur Religion ist primär säkular, sein Gottesbild im besten Sinn des Wortes naiv. Er glaubt nicht an die Trinität, nicht an die Gottessohnschaft Jesu oder die neutestamentlichen Wundergeschichten. Ebenso wenig hat die Sündenvergebung durch den Tod am Kreuz und die Auferstehung Christi – ein zentrales Element des christlichen Glaubens – für ihn eine tiefere Bedeutung. An ein Leben nach dem Tod im christlichen Sinn glaubt Schmidt ebenfalls nicht. Für ihn bedeutet Christsein offensichtlich die Übereinstimmung mit der gesellschaftlich prägenden Kraft der Kirchen und den inhaltlichen Normen der christlichen Ethik.

Die zweite Ebene dieses Themas ist eine politische und lässt sich sehr deutlich nachzeichnen. Helmut Schmidt hat sich im Laufe seiner aktiven politischen Zeit intensiv mit den Kirchen als gesellschaftlich einflussreichem Faktor beschäftigt und die durch das Godesberger Programm von 1959 begonnene Öffnung der SPD nachhaltig fortgesetzt. Bislang wurde ausschließlich wahrgenommen, dass der Weltkriegsoffizier Schmidt zu einer Öffnung der deutschen Sozialdemokraten für das Thema »Militär und Bundeswehr« wesentlich beigetragen hat. Vergleichbares hat er auch auf dem Feld der Annäherung zwischen SPD und den Kirchen geleistet. Schmidt hat sich schon frühzeitig intensiv mit kirchlichen und theologischen Fragen beschäftigt und die Nähe zu den Kirchen nicht gescheut. Oft ist er seit den 1960er Jahren im kirchlichen Kontext – in Kirchen, Gemeindehäusern und Akademien – auf Anfrage als Redner und Gesprächspartner aufgetreten. Von kirchlicher Seite wurde er als ein für sie aufgeschlossener Sozialdemokrat und Christ wahrgenommen. Als Bundeskanzler publizierte er 1976 ein Buch mit dem Titel »Als Christ in der politischen Entscheidung«, in dem er seine Reden und Aufsätze zu diesem Thema zusammenfasste und somit zur öffentlichen Diskussion stellte. In der Einführung betonte er sogar, dass ihm immer daran gelegen gewesen sei, »bewußt als Christ zu der einen oder anderen Frage öffentlich Stellung zunehmen«.<sup>58</sup> Dies ist für einen Spitzenpolitiker mehr als ungewöhnlich und war nicht nur wahltaktisch motiviert.

57 Helmut Schmidt in der ARD-Sendung »Beckmann« am 22.9.2008; vgl. Gespräch Helmut Schmidts mit Giovanni di Lorenzo, in: ZEITmagazin, 10.6.2010, S. 20–22, insb. S. 22.

58 *Helmut Schmidt*, Als Christ in der politischen Entscheidung, Gütersloh 1976, das Zitat auf S. 11.

Entscheidend waren für ihn das persönliche wie das gesamtgesellschaftliche moralische Interesse: Den Kirchen kommt eine wichtige Funktion als ethische Normgeber zu, die für das menschliche Handeln von zentraler Bedeutung sind. Früh hat Schmidt sich daher auch persönlich auf den intensiven Dialog mit Philosophie und Kirchen – weniger mit der wissenschaftlichen Theologie – eingelassen, auch um sein eigenes Handeln intensiver zu reflektieren. Dabei wurden manche führende Repräsentanten der evangelischen Kirche wie Hermann Kunst (1907–1999), Hans-Otto Wölber, Eduard Lohse (Jahrgang 1924) sowie der katholischen Kirche, nicht zuletzt Oswald von Nell-Breuning, Franz Hengsbach (1910–1991), Franz König (1905–2004), Hans Küng (Jahrgang 1928), intensive Dialogpartner, Ratgeber und auch Freunde.

Auch die Deutschlandpolitik war ein Motiv Schmidts für die Hinwendung zu den Kirchen: Über den institutionalisierten Katholizismus und Protestantismus liefen viele Kontakte in die DDR, wurden Informationen über die Lage vor Ort ausgetauscht und politische Signale gesendet, die auf offiziellen Kanälen nicht hätten kommuniziert werden können. Die kirchliche Ebene bot die Möglichkeit, das Terrain für politische Schritte im Vorwege zu sondieren und Reaktionen einzuholen, ohne dass sich eine Seite offiziell festlegen musste. Außerdem wurde letztlich vielen Menschen in der DDR über den kirchlichen Kontakt geholfen beziehungsweise ihnen die Ausreise in den Westen ermöglicht. Nach dem Ausscheiden aus dem Kanzleramt war Helmut Schmidt noch bis wenige Tage vor dem Fall der Mauer im November 1989 zu Vorträgen und Gesprächen im kirchlichen Kontext in der DDR. Nunmehr unabhängig von einem hohen Staatsamt konnte er mit neuer Unbefangenheit Gespräche führen und zugleich den Bürgerinnen und Bürgern in der DDR durch seine Präsenz zeigen, dass die bundesdeutsche Politik sie nicht vergessen habe, sondern sich weiterhin konkret für sie einsetzen werde. Diese Signale wurden gehört. Zugleich bot der kirchliche Kontext Gesprächsmöglichkeiten, die nur in diesem Raum möglich waren.

Die Kirchen hatten also für Helmut Schmidt auf mehreren Ebenen eine entscheidende Bedeutung. Versucht man sein Verhältnis zu ihnen grob chronologisch zu gliedern, so können fünf Phasen unterschieden werden, die sich teilweise überlappen und in denen die private und die politische Ebene zusammenfließen:

In seiner Kindheit und Jugend wuchs Schmidt in einer bürgerlichen, distanzierten evangelisch-lutherischen Kirchlichkeit auf, wurde getauft und konfirmiert. Auf der emotionalen Ebene berührte ihn seitdem die Kirchenmusik, vor allem die Johann Sebastian Bachs (1685–1750).

Während des Zweiten Weltkriegs spendete der Glaube einen gewissen Trost, zugleich sah Schmidt Kirchen als wichtigen Faktor bei der Vermittlung von ethischen Werten und Moral nach der erwarteten Niederlage. Dies war auch das Motiv für die kirchliche Trauung mit Hannelore Glaser (1919–2010).

Während seines politischen Wirkens in Hamburg und auf Bundesebene in den 1950er bis 1970er Jahren hat Schmidt frühzeitig die christlichen Kirchen als wichtigen Faktor für die Politik erkannt und sich nachdrücklich für die Annäherung der SPD insbesondere an die Katholische Kirche engagiert. Zugleich bedeuteten seine offiziellen wie seine persönlichen Kontakte mit hochrangigen Kirchenvertretern eine persönliche Bereicherung des eigenen Denkens. Hier ist insbesondere seine intensivere Auseinandersetzung mit der Katholischen Soziallehre zu nennen.

Seit Ende der 1970er, vor allem aber während der 1980er Jahre versuchte Schmidt mithilfe des Vatikans internationale Probleme zu lösen. Konkret wollte er den Papst zu einer Sozialzyklika für Lateinamerika bewegen, die auch eine Liberalisierung der Familienplanung bedeutet hätte – doch der Papst lehnte ab. Zugleich waren die Kirchen – wie beschrieben – für Schmidt ein wichtiges Element in der Deutschlandpolitik.

Seit Ende der 1980er Jahre verlagerte sich Schmidts religiöse Aufmerksamkeit vom Christentum auf die Weltreligionen. Ausschlaggebend waren und sind dafür sein Engage-

ment im InterAction Council, für das Projekt Weltethos sowie die intensivere persönliche Beschäftigung mit anderen Religionen. Die internationalen Herausforderungen, die Probleme der Welt seien nur durch globale Konzepte und vor allem durch eine alle großen Religionen umfassende einheitliche Ethik zu lösen. Persönlich ist diese Entwicklung bei Schmidt von einer wachsenden Distanz zum Christentum begleitet.

Deutlich wird, dass Glaube, Kirchen und Religionen bei Helmut Schmidt primär unter ethischen Gesichtspunkten wichtig sind. Er konzentriert das Christentum auf die Funktion der Erzeugung und Vermittlung moralischer Grundsätze und nutzt es zur Unterstützung seines Gewissens und seiner ethischen Grundsätze; die Kirchenmusik bietet ihm eine emotionale Grundierung seines Handelns.

Helmut Schmidt wurde wesentlich durch den offenen Religionsbegriff des Kulturkundeunterrichts an der Hamburger Lichtwarkschule, einer wichtigen Reformschule, sowie das traditionsgemäß sehr distanzierte Verhältnis von Kirche und Staat und die kirchenferne Einstellung weiter Teile der Bevölkerung Hamburgs geprägt. Schon frühzeitig bildeten sich seine Positionen hinsichtlich Christentum und Kirche beziehungsweise mit Blick auf ethische Fragen heraus, die er langfristig vertreten sollte. Seit Mitte der 1940er Jahre stand zum Beispiel seine Haltung zur Abtreibung fest (Fristenlösung). Er lobte bereits seit den frühen 1960er Jahren die Katholische Soziallehre, die seiner Meinung nach im Protestantismus keine Entsprechung gefunden habe. Zudem trat er frühzeitig für die klare Trennung von Kirche und Staat, Theologie und Politik ein. Kirche habe sich nicht in die Politik einzumischen, wobei er dabei nicht immer konsequent war und sich vereinzelt in seinem Sinn auch eine kirchliche Betätigung wünschte. Jegliche »christliche Politik« lehnte er ab, weil seiner Meinung nach aus der Bibel oder aus christlicher Lehre keine direkten Handlungsanweisungen für die Politik ableitbar seien. Letzte Entscheidungsinstanz sei allein das Gewissen nach der sorgfältigen rationalen Abwägung aller Aspekte und möglichen Folgen einer Entscheidung.

In der kirchlichen Lehre, der Liturgie und in der Kirchenmusik vertrat Helmut Schmidt insgesamt konservative Auffassungen. Er hatte deutliche Vorbehalte gegenüber wissenschaftlicher Theologie und gegenüber modernen Konzeptionen von Theologie, zum Beispiel Theologie der Revolution und Theologie der Befreiung, weil diese die Laien überfordern würden. Eine intensivere inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Positionen ist bei ihm nicht erkennbar. Schmidt argumentiert jenseits von theologischen Standpunkten, er ist eher Humanist oder »Religionspragmatiker«. Religion erscheint bei ihm als ein Fundus für ethische Debatten.

Kirche müsse seiner Meinung nach Volkskirche sein wollen, »sie muß dem Volk etwas geben, aber nicht das Gefühl, daß das Volk hier bevormundet werde«. Er habe den Eindruck, dass »das Kirchenvolk in seiner Breite [...] das Beispiel der Verantwortung im Gewissen vor Gott und zugleich auch das Beispiel des Vertrauens auf Gott« gezeigt bekommen möchte.<sup>59</sup> Dass hier auch persönliche Wünsche Schmidts deutlich werden, zeigt sich daran, dass er zudem ein Plädoyer für die Verantwortungsethik im Sinne Max Webers (1864–1920) hielt, die er über den Politiker hinaus auf jeden politisch handelnden Menschen bezog. Gerade in einer Demokratie trage jeder politische Verantwortung und müsse die Folgen seines Handelns gründlich abwägen.

Wenn Helmut Schmidt von »Kirche« sprach, dann meinte er in der Regel die Katholische Kirche oder die evangelischen Landeskirchen. Wichtig war ihm dabei vor allem die Institution mit ihrer Hierarchie; persönliche Kontakte pflegte er seinem Selbstverständnis entsprechend nur auf hoher beziehungsweise höchster Ebene. Interessant ist, dass er 1963 in einer Rede über »Die Position des Bürgers in Staat, Kirche und Gesellschaft« Kirche

<sup>59</sup> Evangelisch-lutherische Kirche im Hamburgischen Staate. Die Synode. Niederschrift der 22. Sitzung der Zweiten Synode vom 23. bis 25.5.1968, Bl. 25–31, insb. Bl. 27f., die Zitate auf Bl. 28, Nordelbisches Kirchenarchiv, Kiel, 30.01 Landeskirche Hamburg-Synode.

umfassender definierte und darunter Menschen fasste, »die sich nicht zu einer der großen religiösen Glaubensgemeinschaften bekennen, also zugleich auch für deren geistige Verwurzelung in letzten Wahrheiten und Überzeugungen, seien sie nun atheistisch, pantheistisch oder wie auch immer.« Kirchen seien Gemeinschaften von Menschen, »deren Selbstverständnis auf geoffenbarten letzten Wahrheiten und dem Glauben an sie beruht«. <sup>60</sup> Möglicherweise um eine Verengung zu vermeiden, ist der Kirchenbegriff hier sehr weit gefasst und meint eher Religionen und Weltanschauungen. Deutlich betonte Schmidt im weltlichen Bereich immer die klare Vorrangstellung des demokratischen Staats vor religiösen Überzeugungen und die Forderung nach Übernahme politischer Verantwortung im staatlich-gesellschaftlichen Bereich – sowie umgekehrt das Toleranzgebot, was die persönliche Weltanschauung angeht. Schmidt hat sich sogar explizit strikt gegen jede Form von Mission ausgesprochen. <sup>61</sup>

Auch bei diesem Thema wird deutlich, wie stark Helmut Schmidt durch die Erfahrung des »Dritten Reichs« geprägt worden ist. Immer wieder bezog er sich in seinen Argumentationen, zum Beispiel 1974 bei seinem Vortrag über Staat und Kirche, auf diese Prägungen. Er habe daraus gelernt, dass die Menschen nicht von selbst auf Vernunft, Fortschritt und Freiheit angelegt seien. Vielmehr habe er daran »die Notwendigkeit transzendenter Bindungen des Menschen« erkannt. Daher habe er religiöse Aspekte in seine Konzeptionen nachdrücklich einbezogen. Zudem rekurrierte er häufig auf die Barmer Theologische Erklärung der Bekennenden Kirche von 1934, auf die ihn Gustav Heinemann hingewiesen hatte. <sup>62</sup>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Religion für Helmut Schmidt in erster Linie ein Faktor zur Vermittlung von moralischen Wertvorstellungen und ethischen Normen ist, ohne die ein friedliches Zusammenleben der Menschen und Staaten auf der Welt nicht denkbar sei. Insofern konsequent – wengleich vermutlich nicht immer bewusst – hat Helmut Schmidt quasi parallel zur Globalisierung des politischen und ökonomischen Handelns auf der Welt zur Lösung der internationalen Probleme sein Augenmerk vom Protestantismus und deutschen Katholizismus für Hamburg und Deutschland über den weltweiten Katholizismus für Lateinamerika, also vom Christentum insgesamt, hin zu allen Weltreligionen verlagert. Dabei geht es ihm nicht um theologische beziehungsweise interreligiöse Auseinandersetzung, sondern darum, unter Mitwirkung von Religion ein humanistisch geprägtes Werteideal weltweit zu realisieren.

Als Folge der Globalisierung und ihrer Probleme hält er es für grundlegend erforderlich, zu einer Annäherung der Religionen beizutragen. Der Weltfriede sei nur bei einem Frieden zwischen den Religionen möglich, daher sei der interreligiöse Dialog erforderlich, damit die Religionen ihre Gemeinsamkeiten erkennen. Durch das Herausarbeiten eines gemeinsamen Wertekanons, der sich in allen Religionen finde, könnte die Toleranz zwischen den Religionen gestärkt und das Handeln der Menschen auf eine allgemein, religions- und kulturübergreifend akzeptierte einheitliche Grundlage gestellt werden.

Seine von der Verantwortungsethik Max Webers geprägten Überzeugungen drängen ihn dazu, auch im Alter die von ihm als richtig erkannten Ansichten nach wie vor engagiert zu vertreten und sein hohes Ansehen, das er weltweit genießt, für eine verantwortungsvolle Gestaltung der Welt in Frieden und Gerechtigkeit einzusetzen. Durch die kon-

60 Der am 3. Mai 1963 in Scharbeutz gehaltene Vortrag hatte den Titel »Die Position des Bürgers in Staat, Kirche und Gesellschaft« und wurde unter dem Titel »Weltanschauung und demokratischer Rechtsstaat« in *Schmidt, Christ*, S. 42–50, abgedruckt, die Zitate auf S. 43.

61 Vortrag in der Augustana Hochschule Neuendettelsau am 6.12.1997 zum Thema »Der Christ in der politischen Verantwortung«, AHS, Eigene Arbeiten, Ordner »295 12.1997«, Nr. 4.

62 *Schmidt, Christ*, S. 127; Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit. Gespräch zwischen Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt und Bundesminister a. D. Professor Egon Bahr am 25. September 2008 im Willy-Brandt-Haus Lübeck, Berlin 2009, S. 31.

tinuierliche geistige Reflexion seines politischen und gesellschaftlichen Handelns, durch seine intensive Beschäftigung mit philosophischen und theologischen Konzepten in Verbindung mit seinem auf pragmatisch-realistisches Handeln ausgerichteten Denken und durch sein eindrucksvolles Arbeitsethos ragt Helmut Schmidt aus der Reihe der bundesdeutschen und internationalen Spitzenpolitiker heraus. In jedem Fall spielen Kirchen und Religionen für sein Denken und sein politisches beziehungsweise gesellschaftliches Handeln eine wichtige Rolle. Aktiv versucht Schmidt durch Etablierung eines internationalen und interreligiösen Wertekonsenses Frieden und Gerechtigkeit auf der Welt ein Stück weiter zu verwirklichen. Dass das nicht ohne Kirchen und Religionsgemeinschaften nachhaltig gelingen kann, war und ist ihm bewusst.<sup>63</sup>

#### IV. ZUSAMMENFASSUNG: ZUR BEDEUTUNG VON KIRCHEN UND RELIGION FÜR SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK UND GESELLSCHAFT

Bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein war das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kirchen von beiden Seiten aus gespannt. Danach setzten – vorbereitet durch gemeinsame Erfahrungen im ›Dritten Reich‹ – intensivere Annäherungsprozesse bei der SPD wie bei den Kirchen ein, durch die nach und nach die Gemeinsamkeiten stärker als die Differenzen gesehen wurden. Als entscheidende Zäsur in der SPD ist das Godesberger Programm von 1959 anzusehen, das inhaltlich die sozialdemokratischen Vorbehalte abbaute, Sozialismus nicht mehr als Religionsersatz verstand sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften als gesellschaftlich herausragende Partner anerkannte und damit deren besondere öffentliche Rolle akzeptierte. Umgekehrt gab es auf kirchlicher Seite vor dem Hintergrund allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen seit den späten 1950er Jahren Entwicklungen, die dazu beitrugen, die sozialdemokratische Politik akzeptanzfähig und die SPD wählbar werden zu lassen. Für den Katholizismus sind das Zweite Vatikanische Konzil und die daraus resultierenden Öffnungsprozesse gegenüber der Moderne zu nennen. Im Protestantismus vollzog sich durch ein neues Verständnis der kirchlichen Rolle in Staat und Gesellschaft eine grundsätzliche Öffnung hin zum politischen Handeln, das unter anderem in Denkschriften der EKD oder auf den Kirchentagen sichtbar wurde. In den 1970er und 1980er Jahren löste sich zudem durch einen Generationswechsel und inhaltliche Unzufriedenheiten die traditionelle Nähe vieler führender Kirchenvertreter zu den Unionsparteien, so dass Übereinstimmungen mit sozialdemokratischen Zielsetzungen sichtbarer werden konnten.

Vorbereitet, durchgeführt und implementiert werden konnte dieser wechselseitige Prozess der Annäherung zwischen SPD und Kirchen nur durch inhaltlich überzeugte und engagierte Vertreter auf beiden Seiten, die Vorbehalte in den eigenen Reihen abbauten, den Kontakt suchten und offen auf das Gegenüber zuzingen. Am Ende dieser Entwicklung sind Sozialdemokraten in kirchlichen Ämtern wie umgekehrt überzeugte Christinnen und Christen beider Konfessionen in führenden Ämtern der SPD selbstverständlich geworden. Grundsätzliche Vorbehalte spielen auf beiden Seiten keine bemerkenswerte Rolle mehr.

Zu den führenden Sozialdemokraten, die diesen Prozess in erster Linie aus inhaltlicher Überzeugung und erst in zweiter Linie aus wahltaktischen Überlegungen nachhaltig gefördert haben, gehörten vor allem Erhard Eppler, Gustav Heinemann, Georg Leber, Waldemar von Knoeringen, Heinz Rapp, Johannes Rau, Hermann Schmitt-Vockenhausen, Hans-Jochen Vogel und Herbert Wehner. Bislang nicht wahrgenommen wurde in diesem Kontext die Rolle Helmut Schmidts, die daher exemplarisch dargestellt worden ist. Für

<sup>63</sup> Hering, Gebote (mit genauen Einzelnachweisen).

ihn waren und sind Kirchen beziehungsweise Religionsgemeinschaften insbesondere für die Vermittlung ethischer Werte in der Gesellschaft von großer Bedeutung. Durch seine Vorträge und Gespräche in kirchlichem Kontext sowie durch seine persönlichen Kontakte zu führenden Kirchenvertretern beider Konfessionen gelang es ihm, insbesondere in seiner Zeit als Bundeskanzler, die Akzeptanz sozialdemokratischer Politik – gerade in der Debatte um den NATO-Doppelbeschluss – auf Leitungsebene deutlich zu erhöhen.

Diese Generation war nachhaltig durch die Erfahrung des ›Dritten Reichs‹ und insbesondere des Zweiten Weltkriegs geprägt. In dieser Zeit war es in der gemeinsamen Opposition zum Nationalsozialismus auf vielen Ebenen zu einer Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Kirchen gekommen. Zugleich wurde die Nähe der gesellschaftlichen Wertvorstellungen beider Seiten offensichtlich, die inhaltliche Anknüpfungspunkte auf der politischen Ebene bot.

Für die SPD war der Abbau von Vorurteilen insbesondere im Katholizismus entscheidend, um bundesweit mehrheitsfähig zu werden. Bereits bei der Bundestagswahl 1965 gelang ihr – trotz des insgesamt enttäuschenden Wahlergebnisses – ein deutlicher Stimmenzuwachs in allen katholischen Landesteilen. Aufgrund der Debatte über die strafrechtliche Bewertung des Schwangerschaftsabbruchs und dessen Liberalisierung in den 1970er Jahren verlor die SPD allerdings gerade in der katholischen Wählerschaft an Rückhalt. Bei der Bundestagswahl 1980 äußerte sich die Deutsche Bischofskonferenz in ihrem Wahlhirtenbrief noch einmal in einer Weise, die als Parteinahme gegen die SPD interpretiert wurde.

Langfristig jedoch trugen die insbesondere von der SPD ausgehenden Annäherungsprozesse an die Kirchen dazu bei, dass nach dieser Bundestagswahl keine als gegen die SPD gerichtet interpretierbaren Wahlhirtenbriefe erlassen wurden. Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und den Kirchen kann am Ende des 20. Jahrhunderts auf beiden Seiten als ›normal‹ gelten. Trotz aller scheinbaren Säkularisierung, einer zunehmenden Individualisierung im religiösen Bereich und einer wachsenden Distanz gegenüber der Kirche als Institution bleiben christliche Überzeugungen für weite Teile der Bevölkerung prägend. Kirchen und Religionsgemeinschaften waren in der säkularisierten bundesdeutschen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wichtige Größen, die auch politisch wirksam waren. Ein positives Verhältnis zwischen SPD und den Kirchen war daher ein wichtiger Faktor für die Sozialdemokratie, um auf Bundesebene mehrheitsfähig zu werden. Für die Kirchen bedeutete dies eine direkte Einflussmöglichkeit auf politische Entscheidungsprozesse, besonders im Kontext von Gesetzesvorhaben, um so ihre konkreten Anliegen leichter umsetzen zu können. Führende SPD-Politiker und Kirchenvertreter haben das frühzeitig erkannt und entsprechend gehandelt.

Innerhalb der SPD ist die institutionalisierte religiöse Bindung der Mitglieder – trotz gegenläufiger Bestrebungen – ausgeprägt: Wie erwähnt bezeichneten sich im Jahr 2009 48 % als evangelisch, 23 % als katholisch und nur 26 % gehören keiner Religionsgemeinschaft an. Seit den 1990er Jahren tritt die konfessionelle Bindung der Wählerinnen und Wähler jedoch in den Hintergrund. Ursachen sind offenbar der Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik, deren Bevölkerung eine deutlich geringere Kirchenbindung aufwies, zum Geltungsbereich des Grundgesetzes sowie eine stärkere religiöse Pluralisierung der bundesdeutschen Gesellschaft. Zugleich scheinen die Kirchen an Einfluss für die Wahlentscheidung verloren zu haben, obwohl sie weiterhin gesellschaftlich prägende Größen bleiben. Als Faktor der (internationalen) Politik hat Religion in den vergangenen zwei Jahrzehnten insbesondere durch die wachsende Präsenz des Islams an Bedeutung gewonnen. Helmut Schmidt hat darauf reagiert, indem er sein Augenmerk von den christlichen Kirchen auf die Weltreligionen verlagerte, ohne die seiner Meinung nach eine internationale Friedenssicherung nicht möglich sei. Die SPD hat aus dieser Entwicklung ebenfalls Konsequenzen gezogen und im Jahr 2003 die beiden Kirchenreferate beim Par-

teivorstand in einem Referat für Kirchen und Religionsgemeinschaften zusammengefasst. Künftig wird also das Verhältnis der SPD zu den Religionen in den Fokus der historischen Forschung zu nehmen sein.